

Landeshauptstadt Dresden
Die Oberbürgermeisterin



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 25. Sitzung des Stadtrates (SR/025/2011)

am Donnerstag, 24.03.2011,

16:00 Uhr

**im Neuen Rathaus, Plenarsaal,
Rathausplatz 1, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung:

16:00 Uhr

Ende der Sitzung:

22:15 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Dirk Hilbert

CDU-Fraktion

Dr. Gudrun Böhm

Dr. Georg Böhme-Korn

Dr. Hans-Joachim Brauns

Jan Donhauser

Elke Fischer

Ingo Flemming

Dietmar Haßler

Steffen Kaden

Sebastian Kieslich

Lothar Klein

Lars-Detlef Kluger

Peter Krüger

Angelika Malberg

Christa Müller

Klaus Rentsch

Dr. Helfried Reuther

Monika Schiemann

Silke Schöps

Joachim Stübner

Gunter Thiele

Horst Uhlig

Anke Wagner

Stefan Zinkler

Fraktion DIE LINKE.

Anja Apel

Dr. Margot Gaitzsch

Kristin Klaudia Kaufmann

Tilo Kießling

Annekatriin Klepsch

Gunild Lattmann

Jens Matthis

Katrin Mehlhorn

Hans-Jürgen Muskulus

Andreas Naumann

André Schollbach

Tilo Wirtz

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Christiane Filius-Jehne

Margit Haase

Ulrike Hinz

Jens Hoffsommer

Eva Jähnigen (zu TOP 1)

Thomas Löser

Andrea Schubert

Torsten Schulze

Gerit Thomas
Thomas Trepte
Elke Zimmermann

SPD-Fraktion

Peter Bartels
Axel Bergmann
Martin Bertram
Thomas Blümel
Sabine Friedel
Wilm Heinrich
Richard Kaniewski
Dr. Peter Lames
Albrecht Pallas

FDP-Fraktion

Matteo Böhme
Dr. Thoralf Gebel
Jens Genschmar
Barbara Lässig
Eberhard Rink
André Schindler
Burkhard Vester
Holger Zastrow
Jens-Uwe Zastrow

BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion

Franz-Josef Fischer
Christoph Hille
Jan Kaboth
Anita Köhler

fraktionslose Stadträte

Jens Baur
Hartmut Krien

Abwesend:

Vorsitzende

Helma Orosz

Gäste:

Herr Koall zu TOP 3

Chefdramaturg am Staatsschauspiel Dresden

Schriftführerin:

Elsa Claus, Heidrun Volbrecht

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- | | | |
|----|---|----------------------------------|
| 1 | Ausscheiden eines Stadtratsmitgliedes aus dem Stadtrat und Nachrücken einer Ersatzperson in den Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden; Kommunalwahlkreis IV - Mandat BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE) | V0978/11
beschließend |
| 2 | Verpflichtung eines Stadtrates gemäß § 35 Abs. 1 SächsGemO | |
| 3 | Bekanntgabe nicht öffentlicher Beschlüsse | |
| 4 | Bericht der Oberbürgermeisterin | |
| 5 | Aktuelle Stunde zum Thema „Null-Toleranz gegenüber gewalttätigen Demonstranten - Dresden darf keine Bühne für rechte und linke Chaoten werden“ | A0344/11
beschließend |
| 6 | Tagesordnungspunkte ohne Debatte | |
| 7 | Umbesetzung im Ausschuss für Wirtschaftsförderung | A0336/11
beschließend |
| 8 | Umbesetzung im Betriebsausschuss für Sportstätten und Bäder | A0337/11
beschließend |
| 9 | Umbesetzung Ortsbeirat Neustadt | A0351/11
beschließend |
| 10 | Umbesetzung im Ortsbeirat Klotzsche | A0350/11
beschließend |
| 11 | Umbesetzung im Ortsbeirat Cotta | A0352/11
beschließend |
| 12 | Umbesetzung in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes VVO | A0353/11
beschließend |
| 13 | Schule zur Lernförderung,
Förderzentrum „A. S. Makarenko“, Leisniger Straße 76, 01127 Dresden
hier: Verlagerung der Außenstelle „Pestalozzi“, Luboldtstraße 15, 01324 Dresden | V0790/10
beschließend |
| 14 | Instandsetzung, Modernisierung und Umbau des Kulturpalastes im Sinne der Erhaltung als Gemeinbedarfs- und Folgeeinrichtung mit dem Hauptzweck: Konzertsaal der Dresdner Philharmonie, Städtische Zentralbibliothek und Kabarett „Die Herkuleskeule“ - Entscheidung über den Umfang der Baumaßnahme/Vorplanung | V0846/10
beschließend |
| 15 | Wilsdruffer Vorstadt: Kenntnisaufnahme VU-Bericht und Auftrag zur Akquirierung von Fördermitteln | V0367/09
beschließend |

16	Finanzielle Neuordnung der Stadionverträge zugunsten des Spielbetriebes durch den SG Dynamo Dresden e. V.	V0937/11 beschließend
17	Bericht zur Erfüllung des Stadtratsbeschlusses vom 18. März 2010 - Zuschusserhöhung zu Gunsten der Stadion Dresden Projektgesellschaft mbH	A0321/11 beschließend
18	Geschäftsführervakanz der NanoelektronikZentrumDresden GmbH	V0897/11 beschließend
19	Satzung zur Änderung der Jahr- und Spezialmarktsatzung der Landeshauptstadt Dresden vom 10. Dezember 1992, zuletzt geändert am 19. November 2009	V0935/11 beschließend
20	Auswahlverfahren Spezialmärkte	V0928/11 beschließend
21	Verkauf des Grundstückes Bautzner Straße 112 bis 116	V0895/11 beschließend
22	Erhalt und Entwicklung eines strukturreichen Altbaumbestandes auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Dresden	A0205/10 beschließend
23	Einführung einer Gruppenkarte für Schulen und Kindergärten zur kostenlosen Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs im Rahmen des Unterrichts (Unterrichtsfahrkarte)	A0167/10 beschließend
24	Änderung der Satzung der Landeshauptstadt Dresden über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen der öffentlichen Straßen in Dresden (Sondernutzungssatzung)	A0198/10 beschließend
25	Musikalische Bildung	A0204/10 beschließend
26	Erweiterung des Skaterparkes an der Lingnerallee	A0215/10 beschließend
27	Unterstützung der Landeshauptstadt Dresden für ein Sanktionsmoratorium	A0281/10 beschließend
28	Erwerb der Erweiterungsfläche am Alaunplatz, Gemarkung Dresden-Neustadt, Flurstück 2865/1, (ehemaliger sogenannter „Rusensportplatz“)	A0285/10 beschließend
29	Sicherung der Möglichkeit zur Westerweiterung des Alaunparks	A0286/10 beschließend
30	Verkehrsberuhigte Zone Altlaubegast	A0297/10 beschließend
31	Sicherung des Betriebes der Schwimmhalle Klotzsche	A0299/10 beschließend
32	Vergabe eines Erbbaurechtes für die Flurstücke 711/11 und 711/13 der Gemarkung Altstadt I	V0933/11 beschließend

- | | | |
|-----------|---|----------------------------------|
| 33 | Dresden - Stadt der bewegungsfreudigen und gesunden Kinder: Modellkonzept für fortschrittliche Bewegungs- und damit Gesundheitsförderung im Kindesalter | A0305/10
beschließend |
| 34 | Optimierung der Struktur und der Dienstleistungsqualität des Bürgerservice in der Landeshauptstadt Dresden | V0763/10
beschließend |
| 35 | Innovationspreis „Familienfreundlichstes Unternehmen Dresdens“ | V0646/10
beschließend |
| 36 | Veränderung des Sondervermögens des Eigenbetriebes Kindertageseinrichtungen für das Wirtschaftsjahr 2010 | V0882/10
beschließend |
| 37 | Neue Autobahnanschlussstelle an die BAB A 4 in Dresden-Weixdorf zwischen Autobahndreieck Dresden-Nord und Autobahnanschlussstelle Hermsdorf (Arbeitstitel: AS Promigberg) | V0700/10
beschließend |
| 38 | Fortschreibung des verkehrlichen Rahmenplanes für das Kerngebiet der Äußeren Neustadt Dresden | V0783/10
beschließend |
| 39 | Ziele für die künftige Verkehrsentwicklung der Landeshauptstadt Dresden für den Zeithorizont 2025 und darüber hinaus | V0811/10
beschließend |
| 40 | Verkehrsmanagementsystem Region Dresden - 2. Ausbaustufe, Erweiterung und Weiterentwicklung des Verkehrsmanagementsystems der Landeshauptstadt Dresden | V0826/10
beschließend |
| 41 | Baustein für ökologischen Stadtumbau - Passivhausstandard für stadteigene und städtisch genutzte Gebäude | A0273/10
beschließend |

Nicht öffentlich

- | | | |
|-----------|--|----------------------------------|
| 42 | Besetzung der Stelle Abteilungsleiter/-in Denkmalschutz/Denkmalpflege | V0876/10
beschließend |
| 43 | Bestellung eines Geschäftsführers für das Jobcenter durch die Trägerversammlung des Jobcenters nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) | V0925/11
beschließend |
| 44 | Privatisierungsvertrag WOBA DRESDEN GMBH | V0958/11
beschließend |

öffentlich

Einleitung:

Herr Erster Bürgermeister Hilbert eröffnet die 25. Sitzung des Stadtrates am Donnerstag, dem 24. März 2011, und stellt die form- und fristgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Erster Bürgermeister Hilbert verweist auf den allen Stadträtinnen und Stadträten ausgereichten Spendenaufruf für Japan und informiert darüber, dass der Dresdner Kreuzchor und die Dresdner Philharmonie am 26. März 2011, 17 Uhr, in der Kreuzkirche ein Gedenkvesper zugunsten der Aktion „Dresden hilft“ veranstalten. Im Foyer des Plenarsaales bieten Schülerinnen und Schüler selbst gebastelte Kraniche zum Kauf an.

Der Stadtrat gedenkt in einer Schweigeminute der vielen Opfer der Erdbeben- und Tsunami-katastrophe in Japan.

Abstimmung der TO:

Die TOP 33, 35, 36, 37 und 40 werden ohne Debatte behandelt.

Die TOP 28 und 29 werden gemeinsam behandelt.

Der TOP 17 wird vertagt, da noch kein abschließendes Votum des federführenden Ausschusses vorliegt.

Die TOP 39, 24 und 34 werden vorgezogen und nach dem nicht öffentlichen Teil der Sitzung behandelt, da hierzu Rederechte beantragt waren. Dazu gibt es keinen Widerspruch.

Herr Stadtrat Kaden beantragt für den TOP 24 Rederecht für Herrn Dr. Möllers, Vereinsvorsitzender des Vereins Dresdner Barockviertel Königstraße e. V. Gleichzeitig bittet er, diesen TOP nach der Pause vor dem nicht öffentlichen Teil zu behandeln.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Antrag auf Rederecht mehrheitlich zu.

Frau Stadträtin Thomas beantragt im Einvernehmen mit der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion, den TOP 13 in den federführenden Ausschuss für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit zurückzuüberweisen, da noch erheblicher Diskussionsbedarf gesehen werde.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt der Rücküberweisung des TOP 13 in den Ausschuss für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit mehrheitlich zu.

Herr Stadtrat Hoffsommer beantragt zum TOP 21 die Rücküberweisung in den Ausschuss für Kultur, da einige Fragen der Finanzierung der Museumskonzeption offengeblieben seien.

Weiter merkt er an, dass die im Ältestenrat angekündigte rechtliche Stellungnahme zur Zulässigkeit des TOP 5 fehle. Er finde es bedauerlich, dass Zusagen nicht eingehalten werden.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe sich entschieden, das Rollenspiel, was es oft gerade bei solchen heißen Themen in der Aktuellen Stunde gebe, nicht mitzumachen. Deshalb werde die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ihre 5 Minuten Redezeit an Herrn Robert Koall, Chef dramaturg am Staatsschauspiel in Dresden, abtreten.

Herr Stadtrat Klein widerspricht dem Antrag auf Rücküberweisung des TOP 21 in den Ausschuss für Kultur, da hierzu ein gewisser Eilbedarf bestehe.

Abstimmung:

Der Stadtrat lehnt den Antrag auf Rücküberweisung des TOP 21 in den Ausschuss für Kultur mit 31 Ja-Stimmen, 34 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen ab.

Herr Stadtrat Schollbach gibt zum TOP 5 bekannt, dass die Fraktion DIE LINKE. ihre 5 Minuten Redezeit ebenfalls an Herrn Robert Koall abtrete.

Herr Stadtrat Dr. Lames bemerkt, dass auch die SPD-Fraktion ihre 5 Minuten Redezeit an Herrn Robert Koall übertrage.

Herr Stadtrat Krien wisse, dass in der Geschäftsordnung im Hinblick auf die Aktuelle Stunde das Wort „Fraktionen“ stehe. Die fraktionslosen Stadträte seien aber der Überzeugung, dass eine analoge Anwendung gegeben wäre. Deshalb wolle man eine rechtliche Klärung herbeiführen.

Insofern beantrage er ganz formal darüber abzustimmen, dass, obwohl in der Geschäftsordnung „Fraktionen“ stehe, jede politische Gruppierung gemeint sei, die im Stadtrat vertreten ist.

Er bittet, eine offizielle Abstimmung darüber herbeiführen zu lassen. Die fraktionslosen Stadträte wollen in der Aktuellen Stunde Rederecht erhalten.

Herr Erster Bürgermeister Hilbert sei nicht gewillt, darüber abstimmen zu lassen, Geschäftsordnung sei Geschäftsordnung. Da müsste eine Änderung zur Geschäftsordnung beantragt werden, diese müsste geändert werden, dann könne man das durchführen. Insoweit halte er den Antrag für unzulässig und werde ihn nicht abstimmen und natürlich auch kein Rederecht geben.

Herr Stadtrat Krien habe gebeten, dass die Auslegung der Geschäftsordnung abgestimmt werde.

Herr Stadtrat Bertram beantragt Rederecht für Frau Dr. Gantz vom Institut SAS zum TOP 34.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Antrag auf Rederecht mehrheitlich zu.

Herr Stadtrat Kießling beantragt Rederecht für Herrn Fred Stürmer zum TOP 26 und bittet um Behandlung nach der Pause.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Antrag auf Rederecht mehrheitlich zu.

Herr Stadtrat Löser beantragt Rederecht für Frau Dr. Unger zum TOP 41.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Antrag auf Rederecht mehrheitlich zu.

Herr Erster Bürgermeister Hilbert schlägt vor, nach der Pause zunächst den nicht öffentliche Teil abzuarbeiten und danach alle Anträge mit Rederecht zu behandeln.

Herr Stadtrat Dr. Böhme-Korn bittet darüber abstimmen zu lassen, den TOP 24 direkt nach der Pause zu behandeln.

Herr Stadtrat Schollbach denke, dass der Vorschlag von Herrn Ersten Bürgermeister Hilbert sehr vernünftig sei. Er erinnert daran, dass in der letzten Stadtratssitzung mehrere Redner leider umsonst gewartet haben.

Abstimmung:

Der Stadtrat lehnt den Antrag auf Behandlung des TOP 24 direkt nach der Pause mit 26 Ja-Stimmen, 32 Nein-Stimmen und 10 Enthaltungen ab.

Der Stadtrat stimmt der so geänderten TO mehrheitlich, bei 2 Enthaltungen, zu.

- | | | |
|---|---|----------------------------------|
| 1 | Ausscheiden eines Stadtratsmitgliedes aus dem Stadtrat und Nachrücken einer Ersatzperson in den Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden; Kommunalwahlkreis IV - Mandat BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE) | V0978/11
beschließend |
|---|---|----------------------------------|

Es besteht kein Vorstellungs- und Diskussionsbedarf.

Frau Jähnigen bemerkt, dass ihr die 20-jährige Stadtratsarbeit Freude bereitet habe. Sie scheide auch nicht aus, weil sie keine Lust mehr habe, sich in den Stadtrat einzubringen, sondern weil sie sich auf die Landespolitik konzentrieren wolle. Die Grünen haben dort viel vor, die Fraktion müsse größer werden. Sicherlich erinnern sich viele an Themen, wo sich Landespolitik mit der Politik in der Landeshauptstadt gekreuzt habe und wo viel zu bewegen sei. Diese wolle sie heute nicht aufzählen, denn dann würden 3 Minuten nicht ausreichen.

Sie möchte sich beim Stadtrat, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, der Verwaltungsspitze, des OB-Büros, des Stadtratsbüros ganz herzlich für die Zusammenarbeit bedanken. Die ehrenamtliche Mitbestimmung in der Stadt durch Bürger und Räte sei ein Bestandteil der Demokratie genauso, wie der Staat ohne Kommune nicht denkbar wäre. Das sei gut und wichtig. Das werde sie mitnehmen und hoffe sehr, dass die Anregungen und Fragen der Stadt sie im Landtag verfolgen werden. In seiner Heimatstadt sage man nicht auf Wiedersehen. Sie sei Dresdnerin und man werde voneinander hören und sehen.

1. **Der Stadtrat stellt** gemäß § 18 Abs. 2 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) fest, dass bei Frau Stadträtin Eva Jähnigen aufgrund ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden seit dem 7. Februar 1991 ein Beendigungsgrund nach § 18 Abs. 1 Nr. 3 SächsGemO vorliegt.
2. Der Stadtrat stellt fest, dass Frau Stadträtin Eva Jähnigen mit Wirkung vom 24. März 2011 aus dem Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden ausscheidet.
3. Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass die erste gewählte Ersatzperson der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE) im Kommunalwahlkreis IV

Herr Dr. Wolfgang Daniels, Oschatzer Straße 38, 01127 Dresden,

für Frau Stadträtin Eva Jähnigen gemäß § 34 Abs. 2 SächsGemO in den Stadtrat nachrückt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 68 Nein 0 Enthaltung 0

2 Verpflichtung eines Stadtrates gemäß § 35 Abs. 1 SächsGemO

Herr Erster Bürgermeister Hilbert verpflichtet Herrn Dr. Wolfgang Daniels gemäß § 35 Abs. 1 SächsGemO mit folgendem Eid:

„Ich verpflichte mich, Verfassung und Recht zu achten und zu verteidigen und Gerechtigkeit gegenüber allen zu üben. Insbesondere verpflichte ich mich, die Rechte der Gemeinde gewissenhaft zu wahren und ihr Wohl und das ihrer Einwohner nach Kräften zu fördern.“

Herr Dr. Daniels unterschreibt die Verpflichtung.

Anschließend wird diese durch Herrn Ersten Bürgermeister Hilbert per Handschlag bekräftigt.

3 Bekanntgabe nicht öffentlicher Beschlüsse

Herr Erster Bürgermeister Hilbert informiert über folgenden in nicht öffentlicher Sitzung am 3. März 2011 gefassten Beschluss:

V0877/10

Berufung zum Eigenbetriebsleiter Sportstätten- und Bäderbetrieb

4 Bericht der Oberbürgermeisterin

entfällt

5 Aktuelle Stunde zum Thema „Null-Toleranz gegenüber gewalttätigen Demonstranten - Dresden darf keine Bühne für rechte und linke Chaoten werden“ A0344/11 beschließend

Herr Stadtrat Zastrow sei sich nicht sicher, ob es viele Themen gebe, die unsere Stadt so sehr bewegen wie die alljährlichen Vorfälle, die am 13. Februar passieren und wisse nicht, ob es ein aktuelleres Thema für eine Aktuelle Stunde geben könne. Deshalb verstehe er nicht, dass sich einige der Diskussion verweigern. Er glaube schon, dass die Bürgerinnen und Bürger der Stadt es verdient haben und die Fraktionen die Chance nutzen sollten, die eigene Position zur Gestaltung dieses Tages und aller anderen Tage in dem Umfeld zu diskutieren.

Er finde es feige, wenn einige der Diskussion ausweichen. Die FDP-Fraktion hätte sich gewünscht, dass es wenigstens einmal die Möglichkeit gebe, hier in diesem Stadtrat darüber zu sprechen. Bemerkenswert sei, dass der Sächsische Landtag sich gestern sehr intensiv in einer deutlich längeren Zeit damit befasst habe und viele Fraktionen durchaus ihre unterschiedlichen Standpunkte dargestellt haben. Dass einige in diesem Stadtrat das nicht wollen, sei bezeichnend und wenn man dann noch über die Zulässigkeit dieser Debatte diskutieren wolle, dann zeichne das auch ein Bild. An Herrn Stadtrat Hoffsommer gerichtet, merkt er an, dass diese Debatte nicht nur zulässig, sondern dringend notwendig sei.

Er verweist darauf, dass der 13. Februar einer der wichtigsten Tage in der Geschichte der Stadt sei. Er sei sehr symbolstark für die Stadt gewesen, und zwar nicht nur in den letzten Jahren, sondern über viele Jahre hinweg, nämlich seit dem Krieg.

Weit über Europa hinaus und in ganz Deutschland schaue man über viele Jahre auf diese Stadt und staune über das, was dort passiere, denn die Gedenkkultur, die die Dresdner seit den Kriegstagen entwickelt haben, glaube er, sei sehr vorbildlich gewesen. Hier in Dresden wurde, anders als anderswo, nie Rache gepredigt.

Die Dresdner hatten eine ganz eigene Form des Gedenkens gefunden, das sogenannte „stille Gedenken“, zuerst an der Ruine der Frauenkirche, nach der Wende an der Baustelle und inzwischen an der fertig gestellten Frauenkirche. Man habe diesen Tag immer als Zeichen der Versöhnung, der Vergebung, der Toleranz und des Friedens genommen.

Seit wann habe sich die Situation verändert? Er erinnert daran, dass nach der Wende ein paar verirrte Braune in dieser Stadt immer demonstriert haben. Das waren meist kaum sichtbare kleine Häufchen. Richtig verändert habe sich die Situation erst mit dem Einzug der Nazis in den Sächsischen Landtag.

Seit 2005 gebe es in dieser Stadt die Auseinandersetzung zum 13. Februar, nämlich seit die Braunen ihre braunen Freunde aus Deutschland und ganz Europa hier in diese Stadt locken und mit ihren Aufmärschen das Gedenken und das Ansehen der Stadt besudeln. Das sei die Ursache für all die Probleme, die die Stadt jetzt habe.

Er sei sehr stolz auf die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, die trotzdem gelernt haben, damit umzugehen, weil er glaube, dass ein sehr interessanter, oftmals sehr kreativer und sehr wehrhafter Weg gefunden wurde. Er erinnere daran, wie auf dem Theaterplatz viele tausend Dresdner aus Kerzen die Botschaft „Diese Stadt hat Nazis satt“ gestellt haben, ein Bild, das durch ganz Deutschland ging. Es habe viele weitere Maßnahmen und Formen des friedlichen Widerstandes gegeben.

Er sei glücklich darüber gewesen, dass in diesem Jahr am 13. Februar mit der Menschenkette ein sehr beeindruckendes Zeichen des friedlichen Protests und des Zornes gesetzt wurde. Er habe die Hoffnung gehabt, dass mit diesem Zeichen den Nazis endgültig gezeigt werde, dass sie in der Stadt nicht willkommen seien. Leider habe sich das nicht bestätigt, denn am 19. Februar wurde man eines Besseren belehrt. Es habe Auseinandersetzungen zwischen der Polizei sowie rechts- und linksextremen sogenannten „Demonstranten“ gegeben und es sei das eingetroffen, von dem er gehofft habe, dass so etwas in Dresden eben nicht passiere. Mit Unverständnis sehe er die Äußerung des Bundestags-Vizepräsidenten Thierse, dass die Polizei angeblich Neonazis beschütze und dass das sächsische Demokratie sei. Solche Äußerungen seien eines Bundes-Vizepräsidenten absolut unwürdig.

Er verweist darauf, dass Demokratie und Rechtsstaat für alle gelten. Dafür seien sehr viele hier in diesem Raum 1998 auf die Straße gegangen. Das habe aber leider auch den Nebeneffekt, dass es nicht nur für die „Guten“, sondern auch für die „Schlechten“ gelte. Der Rechtsstaat gelte sogar für diejenigen, die ihn abschaffen würden, wenn sie die Chance dazu hätten. Er gelte auch für Nazis und für Linksradikale. Vielleicht sei das eine Schwäche der Demokratie. Deshalb könne er nachvollziehen, dass es für so viele Dresdnerinnen und Dresdner nahezu unerträglich sei, Nazis durch die Straßen marschieren zu sehen. Aber vielleicht sei die Gesellschaft deshalb so stark, weil sie eben solche vermeintlichen Schwächen habe und in der Lage sei, auch das zu ertragen und auszuhalten.

Was passiere, wenn Gesellschaften anders organisiert seien, wenn sie beispielsweise Einschränkungen der Meinungsfreiheit, des Demonstrationsrechtes, der Versammlungsfreiheit zulassen? Was passiere, wenn Gesellschaftsordnungen Meinungen und Gesinnungen zensurieren, habe man in den letzten 80 Jahren mehrfach in Deutschland erlebt, einmal endete es im Faschismus und das andere Mal im Kommunismus. Deshalb müsse man Meinungsäußerungen von Extremgruppen aushalten. Und weil man diese aushalte, seien diese Gruppen auch sehr klein. Dies sei eine Stärke der Demokratie. Was geschehe, wenn der Staat nicht eingreife und extreme Gruppen aufeinander losgehen, wenn beispielsweise das von den Gerichten auferlegte Trennungsgebot nicht durch den Staat durchgesetzt werde? Er erinnere an die Weimarer Republik, als linke und rechte Schlägergruppen übereinander herfielen und ein ganzes Land tyrannisierten. Am Ende gewann eine extreme Gruppe, am Ende landete ein Land im Faschismus.

Aus diesem Grunde sei er der Meinung, dass man nicht kapitulieren und nicht zuschauen dürfe. Genau deshalb danke er dafür, dass der Staat wehrhaft sei. Er danke vor allem den Polizistinnen und Polizisten dafür, dass sie am 13. und 19. Februar für Recht und Ordnung sorgen.

Frau Stadträtin Friedel habe gestern im Landtag davon gesprochen, gemeinsam einen Weg zu finden, wie man mit dem „braunen Spuk“ umgehe. Er habe vernommen, dass sie ebenso als SPD-Fraktion im Stadtrat auch eine Idee entwickelt habe, wie man das machen könne. Er sei sich nicht sicher, ob er ihr trauen und glauben könne und ob es wirklich einen Konsens darüber gebe, wie man in den nächsten Jahren damit umgehen wolle. Er habe das Gefühl gehabt, dass es in diesem Jahr zumindest nicht so gewesen sei, denn für ihn gehören Blockaden nicht zu einer Form des friedlichen Protests. Er schaue sich genau an, wer da mitmarschiere und für wenn diese gut gemeinten Demonstrationen als SPD, als Linke und als Grüne einen Schutzschirm bilden, einen Schutzschirm, in dem sich viele Linksextreme und Linksradikale verstecken, die Steine werfend gegen die Polizei agieren. Wenn manche auf dem linksradikalen Auge blind seien und Gewalt, die von links komme, tolerabel sei, werde man keine Gemeinsamkeit finden, das Problem gemeinsam zu lösen.

Die FDP-Fraktion schaue mit beiden Augen hin, für sie sei Gewalt weder von rechts noch von links eine Option. Er wäre froh, wenn einige hier am Mikrofon ihr Verhältnis zum Rechtsstaat erklären würden und wo sie die Grenzen ziehen und ob linke Gewalt etwas anderes sei als rechte Gewalt oder ob Linksradikalismus etwas anders sei als Rechtsradikalismus. Er hätte gern gewusst, ob da ein Unterschied gemacht werde. Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt würden gerne hören, was einige zu sagen haben.

Für die FDP-Fraktion, und er spreche da mit Sicherheit auch für die CDU-Fraktion und die BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion, sei Gewalt weder von rechts noch von links zu tolerieren.

Herr Robert Koall, Chefdramaturg am Staatsschauspiel:

„Ich bedanke mich für die Einladung, die ich vor wenigen Tagen angenommen habe, zu der ich allerdings vorab einige Bemerkungen machen möchte.

Ich darf mich Ihnen zunächst vorstellen. Mein Name ist Robert Koall, ich bin seit zwei Jahren Bürger dieser Stadt und arbeite als Chefdramaturg am Staatsschauspiel. Meine Großeltern väterlicherseits haben in Dresden ihre Kreise gezogen, mein Vater hat hier einige Jahre beruflich gewirkt, ich selber bin in Köln groß geworden, meine kleine Tochter ist nun wiederum eine gebürtige Dresdnerin. Ich bin, um es flapsig zu sagen, ein Dresdner aus Köln, der eine Generation übersprungen hat.

Ich erzähle das, um zu verdeutlichen, dass meine Perspektive auf die gesellschaftlichen Vorgänge in dieser Stadt eine geteilte ist. Ich sehe sie gleichermaßen mit einem fremden wie mit einem vertrauten Blick.

Der Grund für die Einladung zur heutigen Aktuellen Stunde ist ein Artikel, den ich im Nachhall auf den 19. Februar auf der Perspektivenseite der Sächsischen Zeitung schreiben durfte. Die Fraktionen der SPD, der Grünen und der Linken haben diesen Artikel zum Anlass genommen, mir heute Ihr aller Gehör zu verschaffen.

Ich freue mich einerseits darüber, habe andererseits große Bedenken gehabt, vor einen politischen Karren gespannt zu werden. Und ich habe diese Bedenken immer noch. Denn vor einem solchen politischen Interessenskarren sehe ich mich nicht. Lieber als zu einer Aktuellen Stunde, die in ihrer Form ja keine Debatte ist, wäre ich zu einer Diskussion oder einer sogenannten Expertenanhörung gebeten worden. Aber wie die Dinge nun einmal liegen, nutze ich stattdessen auch gerne Redezeit bei einem Anlass wie dem heutigen – in Ermangelung einer Alternative.

Ich bin Theaterschaffender und bin es also gewohnt, mir andere Realitäten vorzustellen. Und ich stelle mir nun einfach vor, ich wäre zu einer Anhörung gebeten. Als Experte für die bürgerliche Mitte. Ich hätte eine solche Einladung übrigens auch von den Fraktionen der CDU oder der FDP angenommen – das nur am Rande.

Da ich mir nicht anmaße zu glauben, Sie alle hätten meinen Artikel in der SZ gelesen, möchte ich, um meine Position zu verdeutlichen, einige Auszüge daraus zitieren.

Er erschien am 22. Februar und trug den Titel: „Der Stadt Dresden fehlt eine politische Haltung“. Darin hieß es unter anderem: Damit wir uns richtig verstehen: Ich schreibe hier als ratloser Bürger, nicht als Vertreter eines politischen Lagers. Mich treiben nicht die Interessen einer Institution, ich unterliege weder Parteiräson noch sonst einer Lobby. Ich verurteile Steinwürfe und Gesetzesbrüche, egal von welcher Seite sie kommen. Ich bin der extrem langweilige Durchschnittsbürger, Familienvater, Fußballfreund und Wechselwähler, der sagt: Man versteht das alles nicht.

Man versteht nicht, dass das Verwaltungsgericht den rechtsextremen, erklärten Feinden der Verfassung, per Urteil eine Opferrolle zuspricht, alle anderen aber zu Tätern macht – die Damen und Herren der Polizei eingeschlossen. Man versteht nicht, dass Dresden es zulässt, dass den Bürgerinnen und Bürgern ein Recht auf Protest in Sicht- und Hörweite abgesprochen wird. Man versteht nicht, wie eine Stadtführung sich im Glanz der von ihr nur mit initiierten Menschenkette sonnen kann, ihre Bevölkerung eine Woche später jedoch schmähsch und feige im Stich lässt. Man begreift eine Polizeiführung nicht, die im Vorfeld der beiden prekären Wochenenden nicht müde wird, in der Presse zu erklären, dass man in diesem Jahr hart gegen Blockierer durchgreifen werde; dass man also statt einer Strategie der Deeskalation auf Konfrontationskurs auch zu denen geht, die vom Lager der Steinwerfer weit entfernt sind. Man begreift nicht, dass man als Bürger der Stadt gezwungen wird, sich am Rande der Legalität zu bewegen, wenn man nichts weiter tun will, als seine demokratischen Grundrechte wahrzunehmen. Man kann nicht nachvollziehen, wieso das Verwaltungs- und Polizeirecht die Rechtsextremen zu sogenannten Nichtstörern macht, die protestierenden Bürger aber zu „Störern“.

So ist die gesamte Februar-Debatte von Anfang an mit einem Makel behaftet: Eine klare Haltung gegen Rechtsextremismus evoziert den Verdacht, man gehöre zum linksextremen Lager. Da steht man ratlos da und denkt sich gnadenlos naiv: Aber wir sind doch die Guten!

Natürlich bin ich so blauäugig in Wahrheit nicht. Natürlich weiß ich, dass es für all das Vorgenannte Argumente gibt. Juristische, polizeitaktische, interessenspolitische. Ich weiß, dass der Ordnungsbürgermeister dieser Stadt formal nicht falsch liegt, wenn er darauf verweist, dass er gebunden ist an das Urteil des Verwaltungsgerichtes, ebenso der Polizeipräsident. Ich weiß, dass sich alle, die hier kritisiert werden, jederzeit auf die politische Ordnung berufen können. Ich unterstelle auch keine bösen Absichten. Aber man muss feststellen: Die politische Ordnung ist da, doch die politische Haltung fehlt.

Die Stadtführung hatte keinerlei Konzept für einen angemessenen Protest am 19. Februar, keinen Plan B, nicht einmal einen Plan A. Eine klare Positionierung war nicht erkennbar, man erging sich in rhetorischen Winkelzügen; diese Rückgratlosigkeit ist beschämend. Und selbst in der Politik der Gesten und Symbole versagte man. Stattdessen wird der schwelende politische und gesellschaftliche Konflikt auf dem Rücken der Bürgerschaft ausgetragen und auf dem der Beamten der Sicherheitsbehörden.

Weiter schrieb ich in der SZ: „Urteile sind anfechtbar – und sei es, um eine Haltung zu demonstrieren. Wir sind nicht die Lakaien des Rechtsstaates, nicht seine willigen Vollstrecker, sondern seine Gestalter, seine Entwickler. Es gibt auch juristisch nicht nur eine Wahrheit, die Erfolge anderer Kommunen gegen rechtsextreme Aufmärsche zeigen es. Demokratie und Rechtsstaat fordern nicht blinden Gehorsam, sondern wache Partizipation. Das gilt für Bürger und Regierende.“

Welche fatalen Folgen aber die unentschiedene Haltung der Stadtführung hat, lässt sich nun beobachten: Die Entscheidungen der Gerichte sind politisch kaum noch vermittelbar. Die Bürgerschaft fühlt sich im Stich gelassen. Mit dieser Ratlosigkeit sollte man sie nicht länger allein lassen; ohne sie ist kein Staat zu machen.“

Soweit meine Wortmeldung in der Presse. Seitdem ist ein Monat vergangen und es gibt inzwischen Signale, die hoffen lassen. Es werden Podien organisiert. Herr Innenminister Ulbig hat in einem großen Interview auf den Sachsenseiten „Der ZEIT“ Gesprächsrunden in Aussicht gestellt, die auch Vertreter der Zivilgesellschaft und auch Vertreter von Bündnissen wie z. B. „Dresden Nazifrei“ als Teilnehmer haben sollen. Wohlbemerkt: Herr Ulbig. Land. Nicht Stadt.

Ich habe es gesagt, ich stelle mir vor, hier als Experte zu sprechen. Als Bürgerschaftsexperte – aber auch als Theatermensch, dessen täglicher Job der Umgang mit Zeichen und Symbolen ist. Meine Damen und Herren, machen Sie sich bewusst, was für Zeichen Sie in die Stadt und die Welt hinaus senden! Machen Sie sich bewusst, dass ein wunderbares Symbol wie die Dresdner Menschenkette ad absurdum geführt wird, wenn sie eine Woche später fehlt. Machen Sie sich klar, was es für einen Bürger dieser Stadt bedeutet, wenn er in die Mündung eines Wasserwerfers blickt, während er versucht, gegen Verfassungsfeinde zu demonstrieren. Verhindern Sie, dass die Debatte um den Februar zu einer Debatte um gewaltbereite Chaoten verkommt, als seien die das Thema, Herr Zastrow.

Ich saß auf einer Kreuzung am 19. Februar. Um mich herum viele hundert friedliche, engagierte Bürger jeden Alters und Lagers. Denen muss geholfen werden, von denen muss die Rede sein. Nicht von der deutlich kleineren Gruppe hirnloser Randalierer, die ein solcher Anlass leider auch immer anzieht. Es ist die bürgerliche Mitte, die Ihre Unterstützung sucht. Dringend sucht! Ich habe als Reaktion auf meinen Artikel eine enorme Menge Briefe und E-Mails bekommen, die diesen Notstand sehr, sehr deutlich machen. Ich bin sicher, dass alle hier im Raum in der Sache nicht weit voneinander getrennt sind. Umso dringlicher beschwöre ich Sie, Ihre Haltung deutlich zu machen, endlich unmissverständlich Flagge zu zeigen.

Ich gebe Ihnen ein letztes Beispiel für das Gegenteil und Herr Sittel möge mir verzeihen, dass ich ihn zum Beispiel nehme, es gäbe viele andere. Herr Sittel saß eine Woche vor den Ereignissen auf der Bühne des Staatsschauspiels auf einer Podiumsdiskussion und wehrte alle Fragen nach Protestformen der Stadt gegen die Nazis mit dem lakonischen Hinweis ab, dass ihm durch das Verwaltungsgerichtsurteil die Hände gebunden seien. Da hat er recht und wie wohltuend und einfach, Herr Sittel, wäre es gewesen zu sagen: „Ja, mir sind die Hände gebunden – ich wünschte, sie wären es nicht.“ Denn ich unterstelle Ihnen wohlwollend, dass Sie es so empfunden haben. Vielen im Auditorium hätte eine solche Positionierung geholfen. Es entstand der Eindruck, ich betone das, dass die Stadt fast dankbar dafür war, die Empfehlung des Gerichts wie eine Weisung behandeln zu können, der man widerspruchlos Folge zu leisten habe, denn das ersparte ja viel Mühe.

Meine Damen und Herren, Sie werden von mir keine Patentlösung für den kommenden Februar erwarten. Sie haben Sie nicht – und auch ich nicht. Alles was ich als Bürger tun kann, ist: Sie auffordern eine Haltung zu zeigen, die unmissverständlich ist, die vermittelbar ist, die die politische, demokratische Grundordnung bis an ihre Grenzen auslotet, die kreativ ist und die Sie mit der Zivilgesellschaft Hand in Hand vertreten. Ansonsten wünsche er sich für die Zukunft, sollte er irgendwann von jemandem eingeladen werden, wenn Sie einen Gast aus der Bürgerschaft da haben, dass Sie ihn auch wie einen Gast behandeln. Das wäre famos. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.“

Herr Stadtrat Hille führt aus, Demokratieverständnis zeige sich darin, ob man sich die Meinung des anderen zumindest anhöre. Heute gebe es eine Aktuelle Stunde und keine Debatte. Er bedauere dies in gewisser Weise, sei aber auf der anderen Seite sehr froh, dass der Runde Tisch zum 13. Februar ein gleichwertiger Ersatz sei. Im Vorfeld der heutigen Sitzung gab es unterschiedliche Meinungen, ob die Aktuelle Stunde überhaupt zulässig sei. Er stellt fest, laut Satzung sei sie es nicht.

Kein weiterer Tagesordnungspunkt befasse sich mit dem Thema, trotzdem werde sie durchgeführt. Wir setzen uns über geltendes Recht hinweg. Wir müssen aber wissen, dass wir damit einen Rechtsverstoß begehen und als Entschuldigung könnte man sagen, es sei kein Schaden entstanden. Der Schaden sei schon entstanden. Diese Haltung, dieses Verständnis von Demokratie und Recht erleben wir. Leute setzen sich zu Sitzblockaden auf die Straße und sie sind der Meinung, genau wie wir heute, es entstehe kein Schaden. Er erinnert an das Verfahren zur Besetzung der Ausschüsse im Stadtrat, das auch der unterschiedlichen Rechtsauffassung geschuldet sei. Es wäre ein leichtes im Landtag für eine Klärung zu sorgen, in dem die betroffenen Parteien dort nur die Sächsische Gemeindeordnung in der Art und Weise novellieren müssten, dass wir dieses leidige Thema vom Tisch bekommen, nur am Rande bemerkt.

Er zitiert aus dem Brief eines Bürgers: „Ich teile völlig Ihre Frage, was uns der Rechtsstaat eigentlich noch wert ist, wenn es neuerdings als politisch korrekt propagiert wird, dass Grundrechte, z. B. dieser Demonstration, bitte nur dann gelten wenn sie jeweils in meinen eigenen Sinne wahrgenommen werden. Richtig toll, wenn man unpassende Demonstrationen als unkorrekt verbiete, muss ich argumentativ mit den Rechten, mit den Nazis mich nicht mehr auseinandersetzen. Vielleicht träumen manche von so einer bequemen Demokratie und merken nicht, dass es bis 1989 auch nicht anders lief.“ Dies ist nur ein kurzes Zitat dazu.

Weiter zitiert er aus einem Beitrag des Präsidenten des Sächsischen OVG: „Auf ein paar grundlegende Dinge, die wohl all zu leicht in Vergessenheit geraten, darf daher wohl hingewiesen werden. Die Justiz ist dem Recht und dem Gesetz verpflichtet und nach unserer Rechtslage bedürfen, entgegen mancherlei Verlautbarungen, Versammlungen keiner Genehmigung. Versammlungen sind genehmigt durch das Grundgesetz selbst. Was es geben kann, ist im Einzelfall ein Verbot, wenn durch die Versammlung selbst die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet wird, also insbesondere wenn Gewalttätigkeiten von Versammlungsteilnehmern zu befürchten sind. Wohlgedenkt, die Gewalt muss von der Versammlung selbst ausgehen. Gewalt von Gegendemonstranten führt nicht zum Verbot der Versammlung. Das ist die geltende Rechtslage. Wenn man der Auffassung ist, das man weitergehend zukünftige Versammlungen von vornherein verbieten will, dann muss man die Verfassung ändern. Für die Verfassungsänderung sind nicht die Gerichte zuständig, sondern Parlamente, in denen Politiker entsprechende Mehrheiten für diese Verfassungsänderung suchen können. Sie müssten dann allerdings auch die Frage mitentscheiden, wer künftig die Befugnis hat festzulegen, was öffentlich gesagt oder nicht mehr gesagt werden darf. Aber eines geht gegenwärtig nicht: die Rechtslage so lassen, wie sie ist und gleichzeitig zu beklagen. So einfach ist es nicht und so einfach sollten es sich die Politiker nicht machen.“

Herr Stadtrat Hille geht auf den Punkt 5 des Antrages zur Aktuellen Stunde ein. „Die Stadtverwaltung muss einen neuen Versuch unternehmen, um unter den demokratischen Fraktionen einen Konsens in der Frage der Gedenkkultur und des Umganges mit Ereignissen und Veranstaltungen rund um den 13. Februar herzustellen.“ Er beneide die Verwaltung nicht um diese Aufgabe. Sein Dank gelte Frau Orosz, die den Prozess am Runden Tisch angestoßen habe, und auch an Herrn Hilbert. Er muss versuchen den Runden Tisch, der bis heute noch ohne Legitimation der Dresdner Bürgerschaft zusammenkomme einen gemeinsamen Konsens in der Frage des Selbstverständnisses dieser Runde zu erreichen. Dies könne nur gelingen, wenn die schon bisher festzustellende Bereitschaft zu Kompromissen aller Teilnehmer zunehme. Seine Fraktion werde alles tun, um den Prozess voranzutreiben. Heute gehe es ausschließlich um die Frage des Umgangs mit einem Häuflein Neonazis. Allein bei der Menschenkette haben 17 000 Bürger deutlich gemacht, wofür sie stehen und zwar wofür und nicht wogegen. D. h. wenn wir zu Demonstrationen aufrufen, dann nicht zu Demonstrationen gegen etwas. Die Dresdner Bürger seien intelligent genug, um ihre Rechte der Gestalt wahrnehmen zu können, das sahen sie bei der Menschenkette.

Herr Stadtrat Dr. Böhme-Korn führt aus, dass die Aktuelle Stunde richtig und wichtig und keineswegs rechtswidrig sei. Natürlich muss sich die Dresdner Kommunalpolitik mit den Lehren aus den Ereignissen des 19. Februars beschäftigen.

Um richtige Schlüsse zu ziehen, muss man bedenken: Eigentlich gehe es um den 13. Februar 1945, einem Tag der große Teile Dresdens in Schutt und Asche legte, einem Tag, an dem 25 000 Menschen schuldige, mitschuldige und unschuldige ihr Leben verloren. Der Krieg, der von deutschem Boden ausging, war in furchtbarer Weise nach Dresden zurückgekehrt.

Trauer und Gedenken an diese schrecklichen Tage müssen im Zentrum nicht nur des 13. Februars, sondern auch des darauf folgenden Wochenendes stehen. Viele Dresdner fühlen sich daraus verpflichtet: Wir sind in besonderem Maße mitverantwortlich, dass so etwas nie wieder geschieht.

In der gesamtgesellschaftlichen Dimension gebe es eine überzeugende Antwort darauf, das sei unser Grundgesetz, das die Würde jedes Menschen unverrückbar an die erste Stelle setzt. Es ist unser freiheitlicher, demokratischer und sozialer Rechtsstaat, der aus den schlimmsten Erfahrungen des 20. Jahrhunderts geboren wurde. Ein großes Werk verantwortlicher deutscher Politiker. Er sei eine herausragende kulturelle Leistung der Menschheit in der Gestaltung ihres Zusammenlebens. Er ist dem Menschen gemäß und zieht, wie wir gerade erleben können, auch viele Völker anderer Kulturkreise unwiderstehlich an. Nur auf diesem Fundament kann man segensreich Tagespolitik gestalten.

Das gilt im Konkreten, auch gerade dann, wenn Neonazis den 13. Februar für sich zu instrumentalisieren suchen. Unbestritten sei: Die Bürger müssen dagegen Zeichen setzen können – gerade das nationalsozialistisches Gedankengut war es doch, das letztlich zur Dresdner Katastrophe führte. Aber dennoch gilt: Die Meinungs- und Versammlungsfreiheit sei aus gutem Grunde ein durch das Grundgesetz verbrieftes Recht und gelte nicht nur für Sonntagsreden, sondern auch dann, wenn es praktisch werde. So unbequem die Wahrheit ist: Freiheit ist immer auch die Freiheit der Andersdenkenden, sie kennen das bekannte Wort von Rosa Luxemburg. Und er zitiert weiter: „Nicht wegen des Fanatismus der Gerechtigkeit, sondern weil all das Belebende, Heilsame und Reinigende der politischen Freiheit an diesem Wesen hängt und seine Wirkung verliert, wenn die Freiheit zum Privilegium wird.“ Diese intellektuelle und menschliche Größe würde er sich sehr von der linken Seite des Hauses wünschen.

Auch für die Zukunft des 13. Februars und des darauf folgenden Wochenendes gilt ganz klar: Eine Gemeinsamkeit der Demokraten kann es nur geben, wenn der demokratische Rechtsstaat gemeinsam ernst genommen wird – wer das nicht tut, ist letztlich kein Demokrat. Wer glaubt, sein subjektives Rechtsgefühl stehe über dem Gesetz, der geht einen sehr gefährlichen Weg. Er führt von der Herrschaft des Rechts zur Herrschaft der Straße. Mitverantwortlich für die Gewaltexzesse seien nicht dieser oder jener Richter, dieser oder jener Führer der Polizei. Mitverantwortlich seien jene, die einluden zum angeblich friedlichen Rechtsbruch durch Blockaden. Die dies als legitim verklärten und ganz bewusst in Kauf nahmen, dass auch linke Gewalttäter aus ganz Deutschland kamen. Linke und leider auch die Grünen konnten da keine Hemmungen. Die SPD war dort etwas vorsichtiger, aber der Landesvorsitzende in der ersten Reihe der Blockierer oder der jetzige Vizepräsident des Bundestags mit Beschimpfungen gegen die Polizei – solche Bilder zur Eigenwerbung zählten offenbar mehr als der Respekt vor dem Grundgesetz. Mit ehrlicher Bekämpfung rechtsextremen Gedankenguts hat das nichts zu tun. Und wir wären sehr erleichtert, wenn es dem Herrn Richter Avenarius gelingen würde, zumindest Teile der Dresdner SPD auf den Boden von Recht und Gesetz zurückzuholen. Aber man müsse rechtsextremes Gedankengut bekämpfen, dies sei keine Frage. Gegebenenfalls am Arbeitsplatz, im Bekanntenkreis, an der Wahlurne und besonders auch durch das Ringen um die Köpfe und die Herzen junger Menschen. Die Pflege eines Feindbildes in den eigenen Zirkeln, das „Auf, auf zum Kampf“ sei nicht der richtige Weg. Straßenkämpfe zwischen links und rechts haben den Faschismus nicht verhindert. Das ist Denken in den Kategorien der Steinzeit, wie es Gorbatschow einmal nannte.

Deutliche Formen rechtsstaatlichen Protests wünschen sich sehr viele Menschen. Ein legitimes und ein wichtiges Anliegen für Dresden und die Dresdner. Ein gesellschaftlicher Diskussionsprozess dazu sei in Gang gekommen. Wir sind mit diesem Diskussionsprozess auch in der eigenen Partei noch nicht am Ende. Manches sei noch offen. Gewiss ist aber, wenn wir in der Gemeinsamkeit der Demokraten Wege finden wollen, dann nur im Rahmen rechtsstaatlicher Ordnung. Wir bieten allen, die dies wollen an, die Hand mit rechtsstaatlichen, friedlichen Demonstrationen der Opfer zu gedenken, auch ein machtvolleres Zeichen zu setzen, dass die Dresdner aus der Geschichte ihre Lehren gezogen haben. Die Würde des Menschen, Frieden, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit sollen für immer Dresdens Weg bestimmen. Glaubhaft sei dies allerdings nur, wenn die Dresdner dies jeden Tag ganz praktisch leben – und besonders im Umfeld des 13. Februars, des Schicksalstages Dresdens. Politische Effekthascherei, Rechtsbruch und Gewalt haben dabei nichts zu suchen.

Herr Erster Bürgermeister Hilbert verweist darauf, dass er sich bereits am 3. März 2011 rund um die Ereignisse 13. und 19. Februar ausführlich geäußert habe. Die entsprechende Arbeitsgruppe wurde unter seiner Leitung einberufen und kam zusammen. Sein Ziel sei, dies habe er auch in der Arbeitsgruppe formuliert, dass es gelinge, dass alle demokratischen Kräfte zusammen ein deutliches Zeichen setzen. Dies werde nicht leicht, in Ansätzen habe es auch schon die Arbeitsgruppe gezeigt. Unmissverständlich habe er gesagt, dass er gewillt sei die politische Führung dafür zu übernehmen, damit genau solche Bilder, wie wir sie im Februar gesehen haben, nicht wieder von Dresden ausgehen.

„Jetzt lassen Sie uns konstruktiv in der Arbeitsgruppe arbeiten.“ Er habe alle, nicht nur die AG-Mitglieder aufgefordert, sondern auch alle Dresdnerinnen und Dresdner sich mit Ideen und Vorschlägen zu engagieren und in die Diskussion einzubringen. Sie sind herzlich willkommen in der Bearbeitung werden sie beachtet und fließen mit ein.

Nach einem Zwischenruf von Herrn Stadtrat Baur verweist Herr Bürgermeister Hilbert darauf, dass es bei einer Aktuelle Stunde nur eine Fraktionsrunde und keine Debatte gebe.

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

6 Tagesordnungspunkte ohne Debatte

Abstimmung der TOP 33, 35, 36, 37 und 40.

7 Umbesetzung im Ausschuss für Wirtschaftsförderung

**A0336/11
beschließend**

Herr Erster Bürgermeister Hilbert schlägt die Einigung auf offene Abstimmung vor. Dazu gibt es Widerspruch von Herrn Stadtrat Krien und Herrn Stadtrat Baur. Es findet Listenwahl statt.

Herr Erster Bürgermeister Hilbert eröffnet den Wahlvorgang zu **TOP 7**, TOP 8 und TOP 12 und ruft jedes Mitglied des Stadtrates namentlich auf mit der Bitte, die Wahlkabinen zu benutzen. Die Wahlzettel sind farblich unterschiedlich gestaltet. Das erste Mitglied des Stadtrates an einer der Wahlurnen überzeugt sich davon, dass die Wahlurne leer ist.

- Wahlvorgang

Herr Erster Bürgermeister Hilbert schließt den Wahlvorgang.

Anzahl der anwesenden Stimmberechtigten:	70
Anzahl der abgegebenen Stimmen:	70, davon 6 ungültige Stimmen

Ergebnis der Listenwahl:

Liste 1	CDU-Fraktion	23 Stimmen (3,95) = 4 Sitze
Liste 2	Fraktion DIE LINKE.	12 Stimmen (2,06) = 2 Sitze
Liste 3	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	11 Stimmen (1,89) = 2 Sitze
Liste 4	SPD-Fraktion	7 Stimmen (1,20) = 1 Sitz
Liste 5	FDP-Fraktion	7 Stimmen (1,20) = 1 Sitz
Liste 6	BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion	4 Stimmen (0,68) = 1 Sitz

Der Stadtrat wählt im Listenwahlverfahren analog § 42 Abs. 2 SächsGemO i. V. m. § 10 Abs. 2 und § 22 der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Dresden die Besetzung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung.

Mitglied**1. Stellvertreter/-in****2. Stellvertreter/-in****CDU-Fraktion**

Dr. Gudrun Böhm	Lothar Klein	Jan Donhauser
Ingo Flemming	Stefan Zinkler	Monika Schiemann
Dietmar Haßler	Klaus Rentsch	Gunter Thiele
Steffen Kaden	Christa Müller	Dr. Helfried Reuther

Fraktion DIE LINKE.

André Schollbach	Annekatrien Klepsch	Jens Matthis
Andreas Naumann	Tilo Wirtz	Tilo Kießling

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Christiane Filius-Jehne	Elke Zimmermann	Andrea Schubert
Torsten Schulze	Thomas Trepte	Margit Haase

SPD-Fraktion

Dr. Peter Lames	Wilm Heinrich	Thomas Blümel
-----------------	---------------	---------------

FDP-Fraktion

Eberhard Rink	Dr. Thoralf Gebel	Barbara Lässig
---------------	-------------------	----------------

BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion

Christoph Hille	Jan Kaboth	Franz-Josef Fischer
-----------------	------------	---------------------

Abstimmungsergebnis:

gewählt

8 Umbesetzung im Betriebsausschuss für Sportstätten und Bäder

**A0337/11
beschließend**

Herr Erster Bürgermeister Hilbert schlägt die Einigung auf offene Abstimmung vor. Dazu gibt es Widerspruch von Herrn Stadtrat Krien und Herrn Stadtrat Baur. Es findet Listenwahl statt.

Herr Erster Bürgermeister Hilbert eröffnet den Wahlvorgang zu TOP 7, **TOP 8** und TOP 12 und ruft jedes Mitglied des Stadtrates namentlich auf mit der Bitte, die Wahlkabinen zu benutzen. Die Wahlzettel sind farblich unterschiedlich gestaltet. Das erste Mitglied des Stadtrates an einer der Wahlurnen überzeugt sich davon, dass die Wahlurne leer ist.

- **Wahlvorgang**

Herr Erster Bürgermeister Hilbert schließt den Wahlvorgang.

Anzahl der anwesenden Stimmberechtigten:	70
Anzahl der abgegebenen Stimmen:	70 davon 4 ungültige Stimmen

Ergebnis der Listenwahl:

Liste 1	CDU-Fraktion	23 Stimmen (3,13) = 3 Sitze
Liste 2	Fraktion DIE LINKE.	12 Stimmen (1,63) = 2 Sitze
Liste 3	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	13 Stimmen (1,77) = 2 Sitze
Liste 4	SPD-Fraktion	7 Stimmen (0,95) = 1 Sitz
Liste 5	FDP-Fraktion	7 Stimmen (0,95) = 1 Sitz
Liste 6	BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion	4 Stimmen (0,54) = kein Sitz

Herr Erster Bürgermeister Hilbert stellt fest, dass auf die Liste 3 (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) zwei Sitze entfallen sind und somit die Sitzverteilung nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren nicht gegeben ist. Darum muss die Wahl wiederholt werden.

Abstimmungsergebnis:

erneute Beratung

9 Umbesetzung Ortsbeirat Neustadt

**A0351/11
beschließend**

Herr Erster Bürgermeister Hilbert schlägt die Einigung auf offene Abstimmung vor. Dazu gibt es keinen Widerspruch.

Der Stadtrat einigt sich auf die Umbesetzung im Ortsbeirat Neustadt entsprechend dem Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ulla Wacker, Louisenstraße 52, 01099 Dresden, bisher Stellvertreterin, wird Mitglied.

Frauke Erdmann, Förstereistraße 16, 01099 Dresden, wird Stellvertreterin für das Mitglied Valentin Lippmann.

Tina Wünschmann scheidet als Mitglied aus.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 68 Nein 0 Enthaltung 0

10 Umbesetzung im Ortsbeirat Klotzsche

**A0350/11
beschließend**

Herr Erster Bürgermeister Hilbert schlägt die Einigung auf offene Abstimmung vor. Dazu gibt es keinen Widerspruch.

Der Stadtrat einigt sich auf die Umbesetzung im Ortsbeirat Klotzsche entsprechend dem Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Thomas Ihle, Gertrud-Caspari-Str. 5, 01109 Dresden, wird Stellvertreter für das Mitglied Dr. Andreas Weck-Heimann.

Jens Müller scheidet als Stellvertreter aus.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 65 Nein 0 Enthaltung 0

11 Umbesetzung im Ortsbeirat Cotta

**A0352/11
beschließend**

Herr Erster Bürgermeister Hilbert schlägt die Einigung auf offene Abstimmung vor. Dazu gibt es keinen Widerspruch.

Der Stadtrat einigt sich auf die Umbesetzung im Ortsbeirat Cotta entsprechend dem Vorschlag der CDU-Fraktion:

Christoph Höpfner, Braunsdorfer Straße 5, 01159 Dresden, wird Mitglied, bisher Stellvertreter für Annett Grundmann.

Monika Schiemann scheidet als Mitglied aus.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 65 Nein 0 Enthaltung 0

12 Umbesetzung in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes VVO

**A0353/11
beschließend**

Herr Erster Bürgermeister Hilbert schlägt die Einigung auf offene Abstimmung vor. Dazu gibt es Widerspruch von Herrn Stadtrat Krien und Herrn Stadtrat Baur. Es findet Listenwahl statt.

Herr Erster Bürgermeister Hilbert eröffnet den Wahlvorgang zu TOP 7, TOP 8 und **TOP 12** und ruft jedes Mitglied des Stadtrates namentlich auf mit der Bitte, die Wahlkabinen zu benutzen. Die Wahlzettel sind farblich unterschiedlich gestaltet. Das erste Mitglied des Stadtrates an einer der Wahlurnen überzeugt sich davon, dass die Wahlurne leer ist.

- **Wahlvorgang**

Herr Erster Bürgermeister Hilbert schließt den Wahlvorgang.

Anzahl der anwesenden Stimmberechtigten:	70
Anzahl der abgegebenen Stimmen:	70

Ergebnis der Listenwahl:

Liste 1	CDU-Fraktion	23 Stimmen (3,61) = 3 Sitze
Liste 2	Fraktion DIE LINKE.	12 Stimmen (1,88) = 2 Sitze
Liste 3	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	11 Stimmen (1,72) = 2 Sitze
Liste 4	SPD-Fraktion	9 Stimmen (1,41) = 1 Sitz
Liste 5	FDP-Fraktion	11 Stimmen (1,72) = 2 Sitze
Liste 6	BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion	4 Stimmen (0,62) = 1 Sitz

Herr Erster Bürgermeister Hilbert stellt fest, dass auf die Liste 5 (FDP-Fraktion) zwei Sitze entfallen sind und somit die Sitzverteilung nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren nicht gegeben ist. Darum muss die Wahl wiederholt werden.

Abstimmungsergebnis:

erneute Beratung

- 13** **Schule zur Lernförderung, Förderzentrum „A. S. Makarenko“,
Leisniger Straße 76, 01127 Dresden** **V0790/10
beschließend**
hier: Verlagerung der Außenstelle „Pestalozzi“, Luboldtstraße
15, 01324 Dresden

Abstimmungsergebnis:

Verweisung

- 14** **Instandsetzung, Modernisierung und Umbau des Kulturpalastes im Sinne der Erhaltung als Gemeinbedarfs- und Folgeeinrichtung mit dem Hauptzweck: Konzertsaal der Dresdner Philharmonie, Städtische Zentralbibliothek und Kabarett „Die Herkuleskeule“ - Entscheidung über den Umfang der Baumaßnahme/Vorplanung** **V0846/10
beschließend**

Herr Bürgermeister Dr. Lunau erläutert und begründet ausführlich die Vorlage.

Herr Erster Bürgermeister Hilbert verweist auf die stattgefundene Einwohnerversammlung vom 21. März 2011. Die Vorschläge und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger sowie die übergebene Petition wurden allen Stadträtinnen und Stadträten ausgereicht.

Wortmeldungen:

Herr Stadtrat Heinrich stellt fest, dass sich auf den ersten Blick die Kostensteigerung im Rahmen halte, aber auf den zweiten Blick hätten sich die Gesamtkosten für dieses Projekt von 65 Mio. Euro auf 84 Mio. Euro erhöht. Die Ausstattungskosten betragen 7,4 Mio. Euro, die Veranstaltungstechnik 4,7 Mio. Euro und die Orgel 2,5 Mio. Euro. Ohne diese drei Positionen gehe es aber nicht. Die 65 Mio. Euro seien die Grundlage des Beschlusses gewesen, die sich nun verändert habe. Die Art und Weise, wie sich diese Grundlage verändert habe, lasse aufhorchen. Im Ausschuss für Kultur habe der Vertreter des Hochbauamtes davon gesprochen, dass die alte Vorlage mit den 65 Mio. Euro „ausstattungsbereinigt“ gewesen sei und die Orgel nicht mit enthalten sei.

Er frage sich, ob allen klar sei, dass die Ausstattung, die Veranstaltungstechnik und die Orgel noch dazukommen. Wahrscheinlich nicht, denn auf den Fotos des neuen Kulturpalastes sei die Orgel immer mit drauf. Er stelle fest, dass viele Fragen offen seien. So u. a. die Frage, welche Zuschüsse die Philharmonie und der Betreiber des Kulturpalastes brauchen, wer den Orchester- und Gastspielbetrieb bezahle, wie viele Mittel die Bibliothek und die Herkuleskeule benötigen.

Fast peinlich finde er, wenn gesagt werde, dass 80 % der Unterhaltungsmusik dort noch stattfinden könne, aber in der Vorlage bei der Nutzungsaufteilung die Unterhaltungsmusik nur noch 50 % einnehme. Das sei die Theorie, in der Praxis gehe fast gar nichts, denn die Technik dafür sei komplett zurückgestellt.

Ein großes Problem der Vorlage sei der Zeitdruck. In der Vorlage werde aufgeführt, dass keinerlei Pufferzeit vorhanden sei. Wenn aber die EFRE-Mittel in Höhe von ca. 35 Mio. Euro Mitte 2015 nicht fertig abgerechnet seien, seien diese weg. Bisher sei nicht klar, ob nur der Teil, der 2015 erwartet werde, weg sei oder die gesamten EFRE-Mittel. In so einem Entscheidungsnotstand und in so ein enormes Risiko manövriere sich die Stadt Dresden gerade selbst hinein, denn wenn man ein solches Gebäude umbauere, könne es teurer werden und auch länger dauern. Unglaublich sei die Aussage, dass es genauso teuer sein solle, ein solches Haus im Bestand zu sanieren wie es komplett auf den Kopf zu stellen, die Herkuleskeule in den Keller und die Bibliothek auf mehreren Ebenen darum, in die Mitte ein Saal der Weltklasse von einem Hamburger Stararchitekten.

Er verweist darauf, dass der Umbau des Kulturpalastes ein sehr unsicherer Weg sei, auch hinsichtlich der Fördermittel. Der Grundsatzbeschluss habe seine Grundlage eingebüßt. Deshalb fordere die SPD-Fraktion die vorbehaltlose Prüfung der Kosten für die Sanierung im Bestand. Weiterhin werde gefordert, dass das Risiko des Wegfalles der Fördermittel, die Hälfte der Finanzierungssumme, mit dem Freistaat und dem eigentlichen Fördermittelgeber geklärt werde, denn dieses Risiko sei viel zu hoch.

Er vermute, dass keiner der Damen und Herren aus der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion eigenes Geld für eigene Investitionen bei einem solchen Risiko einsetzen würde. Deshalb sollte mit dem Geld „Dresdens“ mindestens genauso sorgfältig umgegangen werden.

Frau Stadträtin Lässig werde zu den bevorstehenden Baumaßnahmen Kraftwerk Mitte und Schwimmhalle Freiburger Straße, was die Finanzen anbelangt, die Reden von Herrn Stadtrat Heinrich ganz genau verfolgen.

Sie erinnere sich daran, dass das Thema Kulturpalast bereits 1994 auf der TO stand, als sie sich in Vorbereitung auf ihre Stadtratskandidatur 1994 eine Sitzung von der Tribüne aus angesehen habe. Schon damals habe man sich um dieses Haus gestritten.

Seitdem sie im Stadtrat tätig sei, habe es unzählige Vorlagen zum Kulturpalast gegeben, wurde über Modelle und Bilder diskutiert. Bei manchen Entwürfen habe man nicht einmal mehr das Bauwerk von Herrn Architekten Wolfgang Hänsch erkennen können.

Sie stellt fest, dass es über fast Zweijahrzehnte nicht gelungen sei, eine Verbesserung für die Philharmonie herbeizuführen. Endlich liege eine Vorlage vor, die durch die beiden Architekturbüros sowie durch das Hochbauamt hinreichend gut begründet wurde. Man müsse schon eine Lupe nehmen, um einen Unterschied zwischen Kulturpalast alt und neu herauszufinden. Die Fassade, das Foyer, die Treppenaufgänge, die Wandbilder und die Bronzetüren u. v. m. bleiben erhalten.

Herr Hänsch habe heute in der Presse davon gesprochen, dass aus seinem Haus das Herz „herausoperiert“ werde. Dazu merkt sie an, dass „Totaloperationen“ manchmal wichtig seien, um überleben zu können. Der Kulturpalast bekomme dafür ein eindeutig gesünderes und schlagkräftiges Herz.

Mitten in der Stadt, unweit von der Frauenkirche, werde ein Haus für alle entstehen, das nach einer kurzen Zeit noch belebter und beliebter als zuvor sein werde. Das Herzstück werde ein akustisch hochwertiger Konzertsaal sein. Zudem werden sich die Zentralbibliothek sowie die Herkuleskeule in der City befinden.

Sie sei sich sicher, dass der Kulturpalast ein Haus für Kulturen werde. Wo Herr Steimle die Gewissheit hernehme, dass das dann nicht mehr so sein werde, entziehe sich ihrer Kenntnis. Was sie richtig ärgert, sei die Tatsache, dass sich die Künstler nicht schon eher an den Stadtrat oder die Fraktionen gewandt haben. Vielleicht hätte man im offenen Dialog im Vorfeld einige Probleme klären können.

Die Stadt werde einen offenen Kulturpalast bekommen, offener als je zuvor. Auch die Befürworter des Kulturpalastumbaus meinen zu wissen, was die Dresdner Seele wolle, nach 20 Jahren endlich aufhören zu quasseln und sofort bauen.

Herr Stadtrat Dr. Böhme-Korn verweist darauf, dass Dresden sich in wesentlichen Teilen über die Kunst und Kultur definiere, für die immer sehr viel Geld ausgegeben wurde. Sehr wenig Geld sei aber in Kunst und Kultur investiert worden. Das werde sich in den nächsten Jahren mit zwei Großprojekten, dem Kraftwerk Mitte und dem Kulturpalast, ändern, die man mutig angehen wolle.

Er stellt fest, dass damit in dreifacher Hinsicht eine großartige Chance gegeben sei. Zum einen betreffe das den Kulturpalast selbst, der zweifellos zurzeit seiner Eröffnung Ende der 60er-Jahre ein tolles und gutes Bauwerk für die damalige Zeit und die Ansprüche gewesen sei. Nunmehr werde dem Gebäude ein zweites Leben für die heutige Zeit und die heutigen Nutzungsansprüche eingehaucht. Gleichzeitig werde der Kulturpalast damit auch auf lange Zeit erhalten. Eine weitere große Chance sehe er für die Philharmonie, die schon sehr lange auf den versprochenen Saal warte. Die dritte Chance sehe er für die Dresdner Stadtkasse.

Er verdeutlicht, dass der Kulturpalast so wie er jetzt ist nicht bleiben könne. Er müsste von Grund auf umgekrempelt werden, um den heutigen Bedingungen gerecht zu werden. Dafür könne man EU-Mittel akquirieren, immerhin gehe es dabei fast um die Hälfte der Summe. Eine solche Möglichkeit werde es nie wieder geben.

Die CDU-Fraktion werde diese Chancen mit Freude nutzen.

Herr Stadtrat Wirtz habe sich mit der Gesamtplanung beschäftigt. Dabei sei ihm die Diskrepanz zwischen der Planung und dem, was in der Vorlage stehe und was Herrn Bürgermeister Dr. Lunau referiert habe, aufgefallen.

Es sei nicht so, dass, wie in der Vorlage aufgeführt, die Kostensteigerungen aus dem Baupreisindex kommen, sondern der Ein- und Ausbau, Abriss und Neubau im Rohbau des Saales sowie der Ausbau der Philharmonie haben zu erheblichen Mehrkosten geführt, die alle Optimierungen aufsaugen. Das Gleiche treffe auf die Kostensteigerungen durch die Honorarordnung zu.

Die Fraktion DIE LINKE. bekenne sich zum multifunktionalen Saal so wie er sei. Weiterhin bekenne sie sich zu Show und Co in der Innenstadt von Dresden. Trotzdem habe man erhebliche Bedenken zum Eingriff in diesen Saal. Zum einen werden die Urheberrechte des Architekten, Herrn Hänsch, beschädigt. Zum anderen scheine es aus der Sicht des Denkmalschutzes schwer vermittelbar zu sein, dass dieser neue Saal stilistisch das Gesamtkunstwerk und den ästhetischen Gesamteindruck des Kulturpalastes störe.

Er verweist darauf, dass die Kosten laufend steigen, millionenschwere Budgets aus dem Hut gezaubert und Positionen geändert werden. So solle z. B. die Fassade erhalten bleiben, um 1,4 Mio. Euro an Baukosten einsparen zu können. Diesem Vorschlag dürfte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eigentlich nicht zustimmen, denn der Bauphysiker habe in seinem Bericht in der Vorplanung davon abgeraten, weil durch den Erhalt der Fassade bestimmte Parameter für Umweltschutz, Energieeinsparung und Denkmalschutz nicht eingehalten werden können.

Der eigentliche Knackpunkt sei aber, dass ab 1. Januar 2013 mit dem Bau angefangen werden müsse. Dadurch werde die Planung hektischer, schlechter und man werde mit unvollständigen Unterlagen ausschreiben und vergeben müssen, d. h., der Baubetrieb habe hier die besten Möglichkeiten, das übliche Spiel zu spielen. Er könne sich den Auftrag preiswert sichern und ein Dumpingangebot machen, weil er wisse, dass er genügend Positionen finden werde, wo er Bauzeitennachträge stelle. Zwar würde im Vertrag vereinbart werden, dass der Bauzeitenplan bis 30. Juni 2015, Schlussrechnung, einzuhalten sei, aber der Baubetrieb werde sich daraus befreien. Er werde die Planungsänderung und die Kostensteigerung dafür nutzen, den Terminplan zum Platzen zu bringen. Das ohnehin vorhandene Risiko der Kostensteigerung sowie das Risiko von Terminverzügen gefährde gleichzeitig noch die Baufinanzierung.

Auf Grund der Verknüpfung von vielen Risiken gehe die Fraktion DIE LINKE. aus technischen und organisatorischen Gründen diesen Weg nicht mit. Er verweist darauf, dass bereits im September 2010 die Vorlage hätte vorliegen müssen. Hier sei bereits ein Zeitverzug von 5 Monaten eingetreten, der sich weiter fortsetzen werde. Deshalb sehe die Fraktion DIE LINKE. weder einen Baubeginn am 1. Januar 2013 noch eine Fertigstellung, die die Finanzierung sichere.

Aus den genannten Gründen lehne die Fraktion DIE LINKE. die Vorlage ab.

Frau Stadträtin Filius-Jehne merkt an, dass sie das Thema Kulturpalast und dessen Planung bereits seit 2004 im Stadtrat beschäftige. Positiv sei dabei, dass glücklicherweise der sogenannte „Füssleinbau“, ein Komplex mit Hotels, Geschäften und irgendwo ein Saal dahinter, abgewendet werden konnte.

Sie verweist auf den gültigen Stadtratsbeschluss vom 21. April 1994. Darin sei festgelegt, dass Dresden einen Konzertsaal für die Philharmonie für 1 800 bis 2 000 Besuchern benötige. In dem Zusammenhang stellt sie klar, dass es bereits beim Entwurf von Herrn Schölzel um eine grundlegende Veränderung der Saalgeometrie gegangen sei, denn nur so sei es laut der Gutachten möglich, einen entsprechenden Konzertsaal zu bauen. Diese Planungen konnten aber nicht realisiert werden, weil kein Geld da sei. Deshalb sollte nur noch saniert werden. Im Moment erscheine das für sie auch die einzige Lösung zu sein. Aber auf Grund der finanziellen Situation habe man die Sanierungspläne erst einmal stoppen müssen, denn die Kosten seien viel niedriger angesetzt gewesen. Als es der Stadt finanziell besser ging, habe man die Sanierungspläne wieder aufgenommen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen steht für dieses Konzept mit Bibliothek und Herkuleskeule. Dazu müssen aber alle Risiken und Kosten transparent auf den Tisch kommen. Deshalb bittet sie Herrn Bürgermeister Vorjohann, sich zum Thema Fördermittel zu äußern.

Herr Stadtrat Krien verweist darauf, dass die Nationaldemokraten standhaft seien und ihre Meinung nicht ändern wie ein Fähnlein im Wind. Bereits im Jahr 2007, als es zur Schließung des Kulturpalastes kam, habe sich Frau Lauterbach für den Wegfall des Kulturpalastes ausgesprochen. Der Platz sollte entweder freigelassen oder etwas ganz Neues gebaut, aber nicht darin „herum repariert“ werden. Herr Schwarz habe dazu noch ergänzt, dass die äußere Hülle stehen bleiben sollte. Besonders sei es ihm darum gegangen, den kommunistischen Wandfries als Kulturerbe zu erhalten.

Er merkt weiter an, dass die Vorlage die Vorgaben im Wesentlichen erfülle. Es werde nicht generell neu gebaut, aber es erfolge eine sehr grundlegende Sanierung, weit mehr als das, was von einigen Teilen des Stadtrates gefordert wurde. Dresden habe ein hervorragendes Orchester, deshalb brauche man auch einen hervorragenden Orchestersaal. Insofern haben die fraktionslosen Stadträte keine Probleme, einem kostenintensiven und neuen Kulturpalast zuzustimmen. Allerdings wolle die nationale Opposition keine Prunk- und Protzbauten zur Ankurbelung der Konjunktur oder zur Selbstbespiegelung der Herrschenden, sondern ein Gebäude für das deutsche Volk.

Er erläutert seinen schriftlich vorliegenden Ergänzungsantrag vom 23. März 2011.

Herr Stadtrat Heinrich bemerkt, dass ihm bei der Akteneinsicht einige Dinge aufgefallen seien. So seien bestimmte Baumaßnahmen bereits jetzt deutlich teurer als geplant, die nur durch Einsparungen an anderer Stelle den Betrag der reinen Baukosten einigermaßen gedeckelt werden konnten. Einsparungen seien bereits eingerechnet worden, z. B. in den Fassaden, bei den Estrichen, den Holzinneuren und auch bei der Bestuhlung des Konzertsaales. Das Ende der Fahnenstange sei erreicht, weitere Einsparungen seien kaum noch möglich seien. Insgesamt sei das Volumen der Verschiebungen in einer Größenordnung von 5 bis 10 Mio. Euro.

In den Akten seien verschiedene Stellungnahmen zur erwarteten energetischen Qualität des umgebauten Kulturpalastes. Dort heiße es wörtlich: „Aus energetischen Gesichtspunkten wird die Sanierung so nicht empfohlen. Die Erfüllung der Vorgaben des Wärmeschutzes kann so nicht erreicht werden“. Das sei wichtig, denn man müsse wissen, wenn der Kulturpalast so umgebaut werde, wird er für 20 bis 50 Jahre stehen und man werde diese suboptimale Situation in Sachen energetische Qualität in Kauf nehmen müssen.

Zum bereits erwähnten 11 Mio. Euro Risikobudget stehe in den Akten, dass die Akustik des Saales nicht auf Anhieb so gut werde, wie sich das alle wünschen. Dieses Risiko sei aber in den 11 Mio. Euro nicht enthalten. 84 Mio. Euro inklusive Ausstattung, Technik, Orgel, plus 11 Mio. Euro Risikobudget, reiche das? Bereits jetzt liege man bei 95 Mio. Euro, ohne das ein einziger Stein bewegt wurde.

Herr Bürgermeister Vorjohann verweist darauf, dass das verfolgte Ziel von einigen, Bewahrung des Status quo des Kulturpalastes und Neubau der Philharmonie, bedeuten würde, zwei Häuser in Angriff nehmen zu müssen, die definitiv teurer seien als nur ein Haus.

Das politische Konzept, was als Alternative im Raum stehe, gehe davon aus, den Kulturpalast so wie er ist zu sanieren und eine neue Philharmonie dazu zu bauen. Das sei auch in der Einwohnerversammlung gefordert worden.

Er stellt klar, dass der Vorschlag der Sanierung des Kulturpalastes exakt genau so viel koste wie ein Umbau, d. h., die beschriebenen Risiken sowohl zum Thema Bau als auch zum Thema Finanzierung seien genau die gleichen. Mit diesen Risiken müsse man sich beschäftigen und versuchen, sie zu managen.

Bei der Finanzierung sei es so, dass beide Seiten, sowohl Stadt als auch Freistaat, einen erheblichen Kraftakt leisten müsse. Der Haushalt der Stadt sei bis 2013 ausgeglichen sei. Bis zum Jahr 2015 gebe es Defizite. Deshalb sei man darauf angewiesen, dass die wirtschaftliche Entwicklung sich so stabil vollziehe, dass die in den Planungen enthaltenen Maßnahmen auch realisiert werden können. Passiere das nicht, stehen alle Planungen, und nicht nur diese, sondern viele andere auch, unter einem ganz schwierigen Stern.

Er erinnert daran, dass es EU-Mittel und andere Städtebauförderprogramme bald nicht mehr geben werde. Wenn man diesen Kraftakt vernünftig durchziehen wolle, müsse man das jetzt tun, wohlwissend, dass sowohl die Stadt als auch der Freistaat auf der Finanzierungsseite erhebliche Risiken haben.

Vor dem Hintergrund, dass die EU-Mittel auslaufen, führe der Freistaat dahin gehend eine Debatte, alle zur Verfügung stehenden EU- und Fördermittel in einen Topf zu packen, um daraus revolving Fonds zu machen. Wie am Ende entschieden werde, sei nicht bekannt. Ihm liege ein Schreiben des Staatssekretärs im Innenministerium vor, er zitiere: „Die Staatsregierung begrüße es, dass die Stadt Dresden ernsthaft bestrebt sei, die Modernisierung und den Umbau des Kulturpalastes voranzutreiben. Unter Bezugnahme auf die geführten Gespräche und Korrespondenzen darf ich Ihnen daher bestätigen, dass die Staatsregierung nach wie vor bereit ist, das Bauvorhaben Sanierung des Kulturpalastes zu fördern.“

Der Fördermittelanteil kann je nach Verfügbarkeit der Mittel maximal 50 % umfassen und ist auf höchstens 35 Mio. Euro begrenzt. Die Fördermittel sollen über das „Operationelle Programm“ des Freistaates Sachsen aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung bereitgestellt werden. Die entsprechend notwendigen Änderungen des „Operationellen Programmes“ sind vom Freistaat bereits beantragt.“ Er weise aber darauf hin, dass eine Entscheidung der Europäischen Kommission hierzu noch ausstehe.

Er plädiere dafür, ein gewisses Risiko in die Hand zu nehmen.

Herr Stadtrat Wirtz geht auf die Tragwerksplanung ein. In der Vorlage stehe, dass hierzu Bestandsuntersuchungen durchgeführt worden seien und alles geklärt ist. Dazu merkt aber der Tragwerksplaner an, dass in ganzen Gebäudeteilen die Planung und die Statik fehle und Untersuchungen gemacht werden müssen, d., h., es gebe keine Planungssicherheit, keine Kostensicherheit und damit auch keine Terminalsicherheit.

Selbst wenn man das Projekt politisch um jeden Preis durchsetzen wolle, werde es nicht möglich sein, diesen Bau in zwei Jahren durchzuführen. Deshalb sei der gesamte EFRE-Ansatz bis 30. Juni 2015 vollkommen unrealistisch.

Frau Stadträtin Kaufmann stellt noch einmal die Zweifel der Fraktion DIE LINKE. zur Finanzierung des Kulturpalastes dar.

Sie sei etwas verwundert, dass an dieser Stelle, in der Innenstadt von Dresden, EFRE-Gelder beantragt werden können. Der Fonds nenne sich „Europäischer Fonds für regionale Entwicklung“. Warum sei das nicht auch bei der Operette möglich gewesen? Die Operette liege in einem innerstädtischen strukturschwachen Gebiet mit großen Defiziten städtebaulicher, sozioökonomischer Art.

Sie zweifle die Begründung an, warum 35 Mio. Euro in einen Stadtteil, der nicht strukturschwach sei, investiert werden sollen. Wie wolle man nachweisen, dass aufgrund der brachliegenden Umgebung durch die Revitalisierung einer funktionierenden Kultureinrichtung Arbeitsplätze, Synergieeffekte eine ausstrahlende Wirkung auf das gesamte Gebiet, auf die gesamte Stadt, auf die Region erreicht werde.

Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE. sei das ganze eine reine, politisch motivierte Zweckentfremdung von Fördergeldern. Ein weiterer Punkt sei die sehr ambitionierte Zeitschiene. Möglicherweise könne sich der eine oder andere daran erinnern, wie die Stadt versucht habe, Fördergelder in anderen Bereichen zu akquirieren. Das habe sehr lange gedauert. Deshalb habe die Fraktion DIE LINKE. ihre Zweifel daran, dass man dieses Projekt, so wie vorgesehen sei, stemmen könne.

Herr Stadtrat Löser stellt fest, dass dieses Projekt ein Risiko mit sich bringe. Problematisch sehe die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Sanierung der energetischen Hülle. Dazu verweist er auf die Seite 18 der Vorlage und zitiert daraus.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe sich immer mit der Frage der Abwägung zwischen Denkmalschutz und energetischer Sanierung befasst, die ganz konkret an einem Objekt ausgetarnt, besprochen und festgemacht werden müsse. Beim Kulturpalast werde man deshalb genau hinschauen. Problematisch werde dabei sein, dass es bei diesem Projekt wenig Alternativen gebe.

2004 habe er als Bürger dieser Stadt eine Bürgerinitiative für den Erhalt des Kulturpalastes gegründet. Als Sprecher dieser Initiative schildert er seinen Eindruck von damals, weil er glaube, dass die Genese des Prozesses erkennen lasse, warum es heute bei diesem Projekt einige Probleme mit der Akzeptanz in der Bürgerschaft gebe.

Bekannt sei, dass der Kulturpalast 2003 abgerissen werden sollte. Er stand nicht unter Denkmalschutz. Dank der Initiative seien dazu viele Veranstaltungen und öffentliche Diskussionen durchgeführt worden. Dadurch sei ein Diskurs angestoßen worden über den Wert der „Nachkriegsmoderne“ am Beispiel des Kulturpalastes.

Auf Antrag der SPD-Fraktion sei das „Füsslein-Konzept“ damals abgelehnt worden. Er habe einige Thesen aufgestellt, warum jetzt eine solche Diskussion entstanden sei:

1. Bereits seit 1994 beschäftigte sich der Rat mit diesem Thema. Da stellen sich schon einige die Frage, warum das Projekt nicht hätte schneller realisiert werden können, zumal die Probleme im Kulturpalast bekannt waren.
2. Ein weiterer Punkt sei die Tatsache, dass die Bürger und auch die Bürgerinitiative nicht mit einbezogen wurden, als das Verwaltungskonzept entwickelt wurde.
3. Seit 21 Jahren wurde versprochen, dass es eine neue Philharmonie geben werde.
4. Probleme gebe es beim Denkmalschutz. An dieser Stelle müsse nachjustiert werden. Man werde sich genau anschauen, wie sich die Denkmalschutzbehörde verhalten habe und das Gutachten anfordern.
5. Auch der Umgang mit dem Architektenkollektiv, ganz konkret mit Herrn Hänsch, sei nicht optimal gewesen. Es gebe zwei Schreiben an das OB-Büro von Herrn Hänsch, die bis heute unbeantwortet geblieben seien.

Er glaube, dass dieses Projekt durchgesetzt werden müsse. Das Projekt hätte weit mehr Akzeptanz haben können, wenn man die Dresdner in ihren Befindlichkeiten in den Prozess einbezogen hätte. Für die Zukunft sollte das mehr Beachtung finden.

Frau Stadträtin Müller sei stolz darauf, dass nach endlosen Debatten endlich der Umbau des Kulturpalastes, eines der größten Kulturprojekte nach der Vereinigung, erfolgen könne. Seit 1994 werde über dieses Thema diskutiert. Sie erinnere daran, dass es eine Lenkungsgruppe gegeben habe und 3 Einwohnerversammlungen durchgeführt worden seien.

Sie verweist darauf, dass der Kulturpalast sich in einem schlechten Zustand befinde und die Betriebsgenehmigung für den Kulturpalast am 31. Dezember 2012 auslaufe.

Weiter merkt sie an, dass ein Konzertsaal von internationaler Qualität entstehen werde, eine Spielstätte, die der Qualität der Philharmonie entspreche. Internationale Orchester werden die Dresdner und ihre Gäste begeistern. Natürlich solle auch die Unterhaltungsmusik weiter eine Heimstätte im Kulturpalast finden. Die Konzertbühne für Volksmusik, Schlager etc. werde in der Messe sein. Hier erinnere sie an die Beschlüsse zum Veranstaltungsmanagement.

Durch den Einzug der Städtischen Bibliothek werde der Kulturpalast zu einem offenen Haus, insbesondere auch für junge Menschen. An dieser Stelle bedanke sie sich im Namen der CDU-Fraktion bei Herrn Dr. Flemming für seine engagierte Arbeit. Sie hoffe, dass die Besucher der Bibliothek auch die zukünftigen Besucher der Philharmonie sein werden.

Die Herkuleskeule werde mit 300 Zuschauerplätzen eine neue Spielstätte finden. Damit ergebe sich eine Abrundung für den Kulturpalast.

Sie stellt klar, dass die Belange des Denkmalschutzes selbstverständlich vollumfänglich berücksichtigt werden. Deshalb werde auch eine Lenkungsgruppe eingesetzt, die das ganze kritisch begleiten wird.

Ebenso danke sie im Namen der CDU-Fraktion Herrn Rose und den Mitgliedern der Philharmonie, wünsche ihnen viel Kraft für die Umbauphase und immer das nötige organisatorische Händchen für die Umbauzeit.

Besonderer Dank gelte aber der Verwaltung, insbesondere Herrn Dr. Klein und Herrn Müßig, für die Erarbeitung der überzeugenden Vorlage.

Sie appelliert an den Stadtrat, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Stadtrat Uhlig merkt zu den Ausführungen von Herrn Stadtrat Heinrich an, dass er seine Tätigkeit hier im Stadtrat als nach vorn gerichtet verstehe. Für ihn stelle sich die Frage, was mit der Philharmonie werden solle und warum wegen der Akustik erstklassische Dirigenten oder auch junge Musiker nach Dresden kommen sollten?

Herr Stadtrat Dr. Lames bekenne sich dazu, dass er in dieser Debatte etwas dazugelernt habe. Bisher habe er gedacht, dass die Fördermittelfrage auf der Ebene des Freistaates noch zu diskutieren und offen sei. Das sei oft so bei solchen Vorhaben.

Er habe auch gelernt, dass zurzeit die rechtlichen Fördervoraussetzungen nicht vorliegen, die nicht vom Freistaat, sondern von der Europäischen Union möglicherweise geschaffen werden müssen oder auch nicht, d. h. keine übliche partnerschaftliche Zusammenarbeit mit dem Freistaat, sondern man müsse sich darauf verlassen, dass die Europäische Union die Rechtsgrundlage nachliefere. Wenn sie das nicht tue, werde es die 35 Mio. Euro nicht geben. Einen Weg zurück gebe es dann nicht mehr.

Deshalb bittet er Herrn Ersten Bürgermeister Hilbert, innerhalb einer Woche prüfen zu lassen, ob der Beschluss, wenn er so gefasst werde, zum Nachteil der Landeshauptstadt Dresden sei und ggf. sein Widerspruchsrecht auszuüben.

Frau Stadträtin Filius-Jehne stellt fest, dass das Thema Fördermittel mit sehr vielen Fragezeichen versehen sei. Gerade weil ihr das Projekt so am Herzen liege und weil sie es für alternativlos halte, müssen die Risiken ganz konkret und transparent aufgezeigt werden. Alternativlos deshalb, weil sie sich die Frage stelle, was nach 2012 passieren solle. Es gebe im Moment keinerlei Planung, wie wolle man dann sanieren.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde sich bei der Abstimmung zu den Punkten 4 und 5 anders verhalten als beim Rest der Vorlage.

Sie beantrage eine Auszeit von 4 Minuten.

Herr Stadtrat Stübner verstehe auch etwas vom Bauen, deshalb lese er die Vorlage anders als Herr Stadtrat Wirtz.

Er verweist darauf, dass der Stadtrat mit der Vorlage eine abgeschlossene Vorplanung beschließen, bei der es einen Kostenrahmen gebe, der durchaus 20 % Mehrkosten haben dürfe. Deshalb seien auch in der Vorlage 2009 genau diese 20 % als Risikozuschlag eingestellt gewesen. Der liege jetzt tiefer. Er wünsche sich, dass die ehrgeizigen Planer und Projektleiter das auch einhalten.

Wenn der Stadtrat heute nicht das grüne Licht für die Planungsphase 3, für die Entwurfsplanung, gebe, werden weitere Verzögerungen eintreten, die vielleicht auch die Finanzierung gefährden.

Er bittet um Zustimmung.

Herr Stadtrat Schollbach respektive, dass es zwei unterschiedliche Haltungen zur Frage Kulturpalastumbau, „Ja“ oder „Nein“, gebe. Für beide Positionen gebe es aus seiner Sicht gute Gründe.

Die Verwaltung habe eine Vorlage eingebracht, die im Kern besage, dass ein Umbau erfolge, wobei ca. die Hälfte aus Fördermitteln bezahlt werden solle. Dazu sei in den Ausschüssen nachgefragt und Akteneinsicht genommen worden.

Dabei habe man festgestellt, dass der Umbau einer Einrichtung begonnen werden solle, der für die Stadt von großer Bedeutung sei, ohne dass die Finanzierung auch nur im Ansatz gesichert sei. Selbst wenn man mit den Zahlen der Verwaltung konform gehe und unterstelle, dass diese richtig wären, gebe es bereits jetzt ein Finanzierungsloch von 35 Mio. Euro.

Angesichts dessen, was in den Akten zu finden und in den Ausschüssen zu hören gewesen sei, prognostiziere er, dass zum Schluss nicht 35 Mio. Euro, sondern die Stadt am Ende der Tage mit 100 Mio. Euro in den Kulturpalast investieren müsse.

Frau Stadträtin Kaufmann habe im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau an den Hochbauamtsleiter die Frage gestellt, ob er garantieren könne, dass der Kulturpalast so rechtzeitig fertig wird, dass die Fördermittel fließen werden. Die Antwort darauf war, „er sei doch nicht wahnsinnig“. Im Ausschuss für Finanzen und Liegenschaften sei diese Frage noch einmal gestellt worden, die Antwort war dieselbe, wenn auch mit etwas weiseren Worten.

Er erinnert daran, dass bei Vorschlägen der Fraktion DIE LINKE., z. B. Sozialticket, Kraftwerk Mitte, permanent immer wieder auf das Schuldenverbot hingewiesen wurde. Aber mit dieser Vorlage solle ein Projekt beschlossen werden, wo nicht einmal im Ansatz die Finanzierung gesichert sei. Eine solche unsolide und verantwortungslose Politik sei mit der Fraktion DIE LINKE. nicht zu machen.

Herr Stadtrat Dr. Brauns merkt zu seinem Vorredner an, dass er doch ehrlich sagen solle, wenn das Ziel der Fraktion DIE LINKE. darin bestehe, gar nichts zu machen und den Kulturpalast zu schließen. Aber die Konsequenz sei dann, dass sich nicht ansatzweise eine solche Chance wieder bieten werde.

Er erinnert an die damalige Diskussion zum „Füssleinprojekt“ aus dem Jahr 2003. Es sei nicht so gewesen, dass der Saal irgendein Saal hätte werden sollen, sondern es sollte genau der Saal werden, der jetzt geplant werde. In diesem Zusammenhang verweist er darauf, dass ein wesentlicher Aspekt der Umbauung darin bestand, Teile des Neumarktes zu verkaufen und aus den Einnahmen den Konzertsaal zu bauen. Er habe sich damals sehr darum bemüht, aber man sei daran gescheitert, weil man sich nicht getraut habe. Wenn man etwas mehr Mut gehabt hätte, bräuchte man diese gesamte Diskussion heute nicht. Sollte der Stadtrat dieser Vorlage nicht zustimmen, wäre eine zweite Chance vergeben. Das wolle die CDU-Fraktion nicht und werde deshalb der Vorlage zustimmen.

Geschäftsordnungsantrag

Herr Stadtrat Fischer beantragt Ende der Debatte. Dazu gibt es keine Gegenrede.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Antrag auf Ende der Debatte mehrheitlich zu.

Herr Bürgermeister Vorjohann bemerkt, dass das „Operationelle Programm“ momentan sehr stark flächenmäßig reduziert, und zwar im Grunde genommen angelehnt an die Städtebauförderthematik, damit überall dort, wo entsprechende Missstände seien, die EFRE-Mittel eingesetzt werden können. Das sei aber eine Selbstbindung, die der Freistaat Sachsen vorgenommen habe. In Brandenburg beispielsweise sei fast die gesamte Fläche des Landes Brandenburg Inhalt des „Operationellen Programmes“.

Wie das „Operationelle Programm“ gestaltet werde, sei in Deutschland sehr stark von den Bundesländern und der politischen Selbstbeschränkung oder den Freiräumen getragen. Der Freistaat sei gerade dabei, ähnlich wie Brandenburg zu verfahren. Dazu gebe es grundsätzlich keine Hindernisse seitens der EU.

Herr Erster Bürgermeister Hilbert stellt die Frage, ob es Widerspruch gegen die beantragte Auszeit von 4 Minuten gebe. Das sei nicht der Fall.

Auszeit

Herr Stadtrat Hoffsommer beantragt, die Beschlusspunkte 4 und 5 getrennt abzustimmen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde sich bei diesen beiden Punkten mehrheitlich enthalten, da die Aussagen zu den Fördermitteln und den finanziellen Risiken nicht überzeugend gewesen seien.

Herr Stadtrat Dr. Lames beantragt, die Beschlusspunkte 3, 5, 6 und 10 getrennt abzustimmen.

Herr Stadtrat Schollbach beantragt, die Beschlusspunkte 1 bis 5 im Block und die Punkte 6 bis 13 punktweise abzustimmen.

Auf Grund der unterschiedlichen Anträge zur Abstimmung schlägt er vor, den Bericht des Ausschusses für Finanzen und Liegenschaften komplett punktweise abzustimmen. Dazu gibt es keinen Widerspruch.

Abstimmung:

Der Stadtrat lehnt den Ergänzungsantrag von Herrn Stadtrat Krien mehrheitlich ab.

Der Stadtrat stimmt dem Beschlusspunkt 1 im Bericht des Ausschusses für Finanzen und Liegenschaften mit 49 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zu.

Der Stadtrat stimmt dem Beschlusspunkt 2 im Bericht des Ausschusses für Finanzen und Liegenschaften mit 49 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zu.

Der Stadtrat stimmt dem Beschlusspunkt 3 im Bericht des Ausschusses für Finanzen und Liegenschaften mit 49 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen zu.

Der Stadtrat stimmt dem Beschlusspunkt 4 im Bericht des Ausschusses für Finanzen und Liegenschaften mit 39 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 10 Enthaltungen zu.

Der Stadtrat stimmt dem Beschlusspunkt 5 im Bericht des Ausschusses für Finanzen und Liegenschaften mit 40 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 19 Enthaltungen zu.

Der Stadtrat stimmt dem Beschlusspunkt 6 im Bericht des Ausschusses für Finanzen und Liegenschaften mit 49 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 20 Enthaltungen zu.

Der Stadtrat stimmt dem Beschlusspunkt 7 im Bericht des Ausschusses für Finanzen und Liegenschaften mit 48 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 11 Enthaltungen zu.

Der Stadtrat stimmt dem Beschlusspunkt 8 im Bericht des Ausschusses für Finanzen und Liegenschaften mit 57 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 10 Enthaltungen zu.

Der Stadtrat stimmt dem Beschlusspunkt 9 im Bericht des Ausschusses für Finanzen und Liegenschaften mit 57 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 11 Enthaltungen zu.

Der Stadtrat stimmt dem Beschlusspunkt 10 im Bericht des Ausschusses für Finanzen und Liegenschaften mit 49 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 19 Enthaltungen zu.

Der Stadtrat stimmt dem Beschlusspunkt 11 im Bericht des Ausschusses für Finanzen und Liegenschaften mit 68 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zu.

Der Stadtrat stimmt dem Beschlusspunkt 12 im Bericht des Ausschusses für Finanzen und Liegenschaften mit 58 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 11 Enthaltungen zu.

Der Stadtrat stimmt dem Beschlusspunkt 13 im Bericht des Ausschusses für Finanzen und Liegenschaften mit 67 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen zu.

1. **Der Stadtrat bestätigt** die in der Leistungsphase 2 (Vorplanung) erarbeitete Baukonzeption einschließlich des konkretisierten Raumprogramms und der damit verbundenen Funktionsplanung als Grundlage für den weiteren Planungs- und Durchführungsprozess (vgl. Punkt 3 der Begründung und Anlagen 02 bis 06).
2. Der Stadtrat bestätigt die im Rahmen der Leistungssteuerung vorgelegten Nutzungsziele für den künftigen Konzertsaal als Grundlage für den weiteren Planungs- und Durchführungsprozess (vgl. Punkt 3.1.1.3 der Begründung).
3. Der Stadtrat nimmt die Fortschreibung der Rahmentermine vor Planungsbeginn zur Kenntnis und bestätigt die damit verbundene Anpassung des bisherigen Kostenrahmens von 65,0 Mio. EUR um + 4,7 Mio. EUR aufgrund von Zeitverzügen und damit verbundenen Indexänderungen der Baupreientwicklung zwischen den Jahren 2007 und 2009 sowie der Einführung der Neuen HOAI 2009 (vgl. Punkt 3.2.1 und 3.3.1 der Begründung).
4. Der Stadtrat nimmt die Kostenermittlung der Vorplanung (Kostenschätzung auf dem Kostenstand 2009) und das Finanzierungskonzept zur Kenntnis (vgl. Punkt 3.3.2.2 und 3.3.7.2 der Begründung) und beschließt für die damit ausgewiesenen Leistungen (Qualitäten und Quantitäten) im weiteren Planungs- und Durchführungsprozess ein Projektbudget mit Basiskosten in Höhe von 70,5 Mio. EUR (brutto) und einem zzgl. ausgewiesenen Risikorahmen in Höhe von 11,0 Mio. EUR (brutto) (Punkt 3.3.3.1 und 3.3.3.2 der Begründung).
5. Der Stadtrat nimmt die Risikoanalyse und Risikobewertung der Vorplanungsphase zur Kenntnis und beauftragt die Oberbürgermeisterin, im Hinblick auf eine kostensichere Umsetzung des Bauvorhabens ein wirksames Risikomanagement-System in die Projektaufbauorganisation zu implementieren (vgl. Punkt 3.3.2.3 und 3.3.2.4 der Begründung).
6. Der Stadtrat nimmt die vorläufige Kostenrahmenplanung der projektbezogenen, nutzerspezifischen Ausstattung in Höhe von 7,4 Mio. EUR (brutto) zur Kenntnis (Punkt 3.3.4.1 der Begründung).
7. Der Stadtrat beschließt, den festen Einbau einer Konzertsaalorgel nicht aus dem Projektbudget zu finanzieren. Ein verbindliches Vorgehens- und Finanzierungskonzept für den Orgelbau ist dem Stadtrat zum frühestmöglichen Zeitpunkt vorzulegen (Punkt 3.1.1.3 und 3.3.4.3 der Begründung).
8. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, zur Sicherung der Finanzierung maximal mögliche Fördermittel zu beantragen.
9. Der Stadtrat nimmt die Kostenschätzung der Baunutzungskosten zur Kenntnis und bestätigt, dass diese laufenden Kosten langfristig (mindestens 15 Jahre) für die Gemeinbedarfseinrichtung bestimmt und in der Haushaltsplanung eingestellt werden (Punkt 3.3.6 der Begründung).
10. Der Stadtrat nimmt den fortgeschriebenen Rahmenterminplan für den weiteren Planungs- und Durchführungsprozess zur Kenntnis (Punkt 3.2.2 der Begründung).
11. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt bis zum IV. Quartal 2011 die Fachausschüsse für Kultur, für Stadtentwicklung und Bau sowie für Finanzen und Liegenschaften über die Ergebnisse der Leistungsphase 3 (Entwurfsplanung) zu informieren. Dieser Sachstandsbericht zum Hochbauprojekt soll insbesondere folgende Inhalte umfassen:

- a. Übersicht zur vollständig durchgearbeiteten, baulichen und technischen Integrationsplanung (Leistungsphase 3),
 - b. Fortschreibung der Kostenermittlung und des Finanzierungskonzeptes mit dem Planungsstand einer verbindlichen Kostenberechnung,
 - c. Fortschreibung des Ausstattungsprogramms und der dafür erforderlichen Kostenermittlung,
 - d. Fortschreibung der Baunutzungs- und Bewirtschaftungskosten entsprechend dem Planungsfortschritt und
 - e. Fortschreibung des Rahmenterminplanes entsprechend dem Planungsfortschritt.
12. Der Stadtrat beschließt, als wichtiges Bindeglied zwischen den politischen Gremien, der Stadtverwaltung und der Projektleitung eine paritätisch besetzte Lenkungsgruppe zur gegenseitigen Abstimmung und ordnungsgemäßen Information für die Laufzeit des Projektes zu bilden (vgl. Punkt 4.4 der Begründung).
13. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt dem Stadtrat bis zum IV. Quartal 2011 ein abgestimmtes „Freiraumkonzept“ für die Vorplatzgestaltung am Altmarkt einschließlich der dafür erforderlichen Investitions- und Folgekosten vorzulegen (vgl. Punkt 4.3 der Begründung).

Abstimmungsergebnis:

Punkt 1: Ja 49 Nein 18 Enthaltung 1
 Punkt 2: Ja 49 Nein 19 Enthaltung 1
 Punkt 3: Ja 49 Nein 10 Enthaltung 9
 Punkt 4: Ja 39 Nein 19 Enthaltung 10
 Punkt 5: Ja 40 Nein 10 Enthaltung 19
 Punkt 6: Ja 49 Nein 0 Enthaltung 20
 Punkt 7: Ja 48 Nein 9 Enthaltung 11
 Punkt 8: Ja 57 Nein 0 Enthaltung 10
 Punkt 9: Ja 57 Nein 0 Enthaltung 11
 Punkt 10: Ja 49 Nein 1 Enthaltung 19
 Punkt 11: Ja 68 Nein 0 Enthaltung 1
 Punkt 12: Ja 58 Nein 1 Enthaltung 11
 Punkt 13: Ja 67 Nein 0 Enthaltung 2

punktweise Zustimmung

15 Wilsdruffer Vorstadt: Kenntnisnahme VU-Bericht und Auftrag zur Akquirierung von Fördermitteln

**V0367/09
beschließend**

Abstimmungsergebnis:

Vertagung

16 Finanzielle Neuordnung der Stadionverträge zugunsten des Spielbetriebes durch den SG Dynamo Dresden e. V.

**V0937/11
beschließend**

Herr Stadtrat Genschmar stellt den Antrag, TOP 16 ohne Debatte zu behandeln. Falls dies nicht möglich wäre, bittet er die Verwaltung, das einheitliche Ausschussvotum mit dem Hinweis an den Verein weiterzugeben, dass dieser TOP in der nächsten Stadtratssitzung behandelt werde und dieser Hinweis beim Deutschen Fußballbund (DFB) eingereicht werden könne.

Die SPD-Fraktion zieht den Ergänzungsantrag zurück, der Ergänzungsantrag der Fraktion DIE LINKE. bleibt bestehen.

Abstimmung:

Der Stadtrat lehnt den Ergänzungsantrag der Fraktion DIE LINKE. mehrheitlich ab.

Der Stadtrat stimmt dem Beschlusspunkt 1 im Bericht des Ausschusses für Finanzen und Liegenschaften mit 66 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zu.

Der Stadtrat stimmt dem Beschlusspunkt 2 im Bericht des Ausschusses für Finanzen und Liegenschaften mit 47 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen und 24 Enthaltung zu.

Der Stadtrat stimmt dem Beschlusspunkt 3 im Bericht des Ausschusses für Finanzen und Liegenschaften mit 67 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zu.

1. **Der Stadtrat beschließt** für den Fall des Verbleibs der SG Dynamo Dresden e. V. in der dritten Liga die Erhöhung des jährlichen Zuschusses an die Stadion Dresden Projektgesellschaft mbH um 1,0 Mio. EUR für die Saisonspielzeiten 2011/2012 und 2012/2013 auf dann 3,29 Mio. EUR. Damit verbunden ist die Verpflichtung an die Stadion Dresden Projektgesellschaft, die jährliche Stadionmiete der SG Dynamo Dresden e. V. in gleicher Höhe für die Spielzeiten 2011/2012 und 2012/2013 zu reduzieren. Im Falle eines Aufstiegs der SG Dynamo Dresden e. V. in die zweite Liga ist dieser Beschlusspunkt im Stadtrat zeitnah neu zu verhandeln.
2. Der Stadtrat beschließt, zusätzlich 200.000 EUR jährlich für die Nachwuchsarbeit in der SG Dynamo Dresden e. V. für die Saisonspielzeiten 2011/2012 und 2012/2013 bereitzustellen.
3. Der Verein SG Dynamo Dresden e. V. wird verpflichtet, dem Stadtrat bis 30. Juni 2011 ein verbindliches Konzept zur mittelfristigen Entschuldung des Vereins vorzulegen und dieses bereits in der Etatplanung für die Saison 2011/2012 zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Punkt 1: Ja 66 Nein 0 Enthaltung 1
 Punkt 2: Ja 47 Nein 1 Enthaltung 24
 Punkt 3: Ja 67 Nein 0 Enthaltung 1

punktweise Abstimmung

17	Bericht zur Erfüllung des Stadtratsbeschlusses vom 18. März 2010 - Zuschusserhöhung zu Gunsten der Stadion Dresden Projektgesellschaft mbH	A0321/11 beschließend
-----------	---	----------------------------------

Abstimmungsergebnis:

Vertagung

18	Geschäftsführervakanz der NanoelektronikZentrumDresden GmbH	V0897/11 beschließend
-----------	--	----------------------------------

Herr Erster Bürgermeister Hilbert stellt die Vorlage vor und begründet diese.

Es besteht kein Diskussionsbedarf.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Bericht des Ausschusses für Finanzen und Liegenschaften mit 64 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Der Stadtrat beschließt, die Oberbürgermeisterin als Vertreterin der Landeshauptstadt Dresden in der Gesellschafterversammlung der NanoelektronikZentrumDresden GmbH (NZD) zu beauftragen und zu ermächtigen, die gesellschaftsrechtliche Umsetzung nachfolgender Beschlusspunkte zu veranlassen:

1. Der Abberufung des bisherigen Geschäftsführers der NZD, Herrn Ulrich Finger, zum frühestmöglichen Zeitpunkt nach Beschluss des Stadtrates zuzustimmen.
2. Der Bestellung von Herrn Andreas Schmidt zum Geschäftsführer der NZD zum frühestmöglichen Zeitpunkt nach Beschluss des Stadtrates zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 64 Nein 0 Enthaltung 0

19	Satzung zur Änderung der Jahr- und Spezialmarktsatzung der Landeshauptstadt Dresden vom 10. Dezember 1992, zuletzt geändert am 19. November 2009	V0935/11 beschließend
-----------	---	----------------------------------

Herr Erster Bürgermeister Hilbert stellt die Vorlage vor und begründet diese.

Herr Stadtrat Krien bemerkt zum geänderten § 4, dass am 1. Mai 2011 die „vollständige Freizügigkeit“ in der EU beginne. Zugleich sei es jedoch möglich, dass Verkäufer ihre Waren anonym auf dem Markt anbieten könnten, weshalb Schwarzmarktgeschäfte möglich seien.

Er stellt den Antrag, die Änderung im § 4 zu streichen.

Herr Erster Bürgermeister Hilbert hebt hervor, dass in § 15 a der Bekanntmachung der Gewerbeordnung vom 22. Februar 1999 eine Anbringung von Namen und Firma eindeutig geregelt gewesen sei. Mit Änderung vom 29. Juli 2009 (Art. 4 Abs. 14) sei dies geändert worden und nun nicht mehr vorgeschrieben.

Herr Stadtrat Krien fragt, ob dieser Passus weggelassen werden müsse oder nicht.

Herr Erster Bürgermeister Hilbert merkt an, dass es nicht mehr gefordert werden müsse, da entsprechende Gegebenheiten eine eindeutige Identifizierung zuließen.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Bericht des Ausschusses für Finanzen und Liegenschaften mit 34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 34 Enthaltungen zu.

Persönliche Erklärung von Herrn Stadtrat Hille, Bürgerbündnis / Fraktion Freie Bürger:

„Wir haben als Bürgerfraktion uns zu diesem Antrag bekannt, weil wir ganz klar den Versuch dort zumindest starten wollen, erster Satz. Und zweiter Satz, wir wissen, dass damit eine Ungleichbehandlung innerhalb des ganzen Systems der Sondernutzungssatzung gegeben ist und dritter Satz: Wir werden uns in diesem Jahr mit dieser Sondernutzungssatzung noch einmal explizit befassen.“

Der Stadtrat beschließt die Änderung der Jahr- und Spezialmarktsatzung gemäß Anlage.

**Satzung
zur Änderung der Jahr- und Spezialmarktsatzung der Landeshauptstadt Dresden
vom 10. Dezember 1992,
zuletzt geändert am 19. November 2009**

Vom 24. März 2011

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2003 (SächsGVBl. S. 55, ber. S. 159), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 29. Januar 2008 (SächsGVBl. S. 138, 158), hat der Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden in seiner Sitzung am 24. März 2011 folgende Satzung zur Änderung der Jahr- und Spezialmarktsatzung der Landeshauptstadt Dresden beschlossen:

§ 1

Zu § 1 Geltungsbereich: § 1 erhält folgende Fassung:

„Diese Satzung regelt die Teilnahme an den von der Landeshauptstadt Dresden im Stadtgebiet betriebenen und gemäß § 69 der Gewerbeordnung festgesetzten Jahr- und Spezialmärkten sowie die Festsetzung der in privater Trägerschaft durch Dienstleistungskonzession betriebenen Märkte. Die übrigen Regelungen gelten für die in privater Trägerschaft durch Dienstleistungskonzession betriebenen Märkte nur, soweit dies ausdrücklich bestimmt ist. Die Jahr- und Spezialmärkte werden als öffentliche Einrichtungen betrieben.“

§ 2

Zu § 2 Standplätze:

Absatz (5) Satz 2 wird wie folgt ersetzt:

„Die Marktstandorte und deren räumliche Grenzen werden mittels Darstellung in den Lageplänen wie folgt festgelegt:

Für die von der Landeshauptstadt Dresden betriebene Jahr- und Spezialmärkte sind die Flächen im Anhang 1 in den Anlagen 1 bis 4 dargestellt.

Die dazugehörigen Funktionsflächen sind im Anhang 2 in den Anlagen 1 bis 4 dargestellt.

Für die Märkte in privater Trägerschaft sind die Flächen im Anhang 3 in der Anlage 1 dargestellt.“

Im Absatz (5) Satz 3 werden die Wörter „Die Anhänge und“ am Satzanfang vorangestellt.

Absatz (5) Satz 5 wird gestrichen.

Absatz (7) wird wie folgt geändert:

„Die Auswahl zwischen konkurrierenden Bewerbern erfolgt nach einer gesonderten Auswahlrichtlinie. Die Auswahlrichtlinie wird durch den Stadtrat beschlossen.“

Im Absatz (9) a) und b) werden die Wörter „wiederholt“ gestrichen.

Es wird ein neuer Absatz (13) angefügt:

„Die Regelungen nach Absatz (4) und (5) gelten für Jahr- und Spezialmärkte in privater Trägerschaft entsprechend.“

§ 3

Zu § 3 Verkaufseinrichtungen:

Absatz (1) Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Verkaufseinrichtungen einschließlich Dachaufbauten dürfen nicht höher als sechs Meter sein.“

In Absatz (1) Satz 3 wird die Angabe für die zulässige größte Standtiefe von 2 500 durch „3 000“ ersetzt.

Absatz (3) letzter Satz erhält folgende Fassung:

„Von dieser Regelung können für den Dresdner Striezelmarkt in begründeten Fällen Ausnahmen zugelassen werden.“

§ 4

Zu § 4 Auf- und Abbau von Verkaufseinrichtungen:

Im Absatz (8) werden die Wörter „sowie ihre Anschrift“ gestrichen.

§ 5

§ 8 Inkrafttreten:

Die Änderungen der Jahr- und Spezialmarktsatzung treten am Tage nach ihrer Bekanntmachung im „Dresdner Amtsblatt“ in Kraft.

Das Verzeichnis der Anlagen wird wie folgt geändert:

„Anhang 1 Anlagen 1 bis 4
Anhang 2 Anlagen 1 bis 4
Anhang 3 Anlage 1“

Dresden,

Helma Orosz
Oberbürgermeisterin

Hinweis gemäß § 4 Abs. 4 Satz 4 SächsGemO

Sollte diese Satzung unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zu Stande gekommen sein, gilt sie ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zu Stande gekommen.

Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. die Oberbürgermeisterin dem Beschluss nach § 52 Abs. 2 SächsGemO wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in Satz 1 benannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder der Formvorschrift gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Jahresfrist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Helma Orosz
Oberbürgermeisterin

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung
Ja 34 Nein 0 Enthaltung 34

20 Auswahlverfahren Spezialmärkte

**V0928/11
beschließend**

Es besteht kein Vorstellungs- und Diskussionsbedarf.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Bericht des Ausschusses für Wirtschaftsförderung mit 37 Ja-Stimmen, 31 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Auf der Grundlage der §§ 68 und 70 Gewerbeordnung (GewO) vom 22. Februar 1999 (BGBl. I. S. 202), zuletzt geändert am 29. Juli 2009, Art. 4, Abs. 4 (BGBl. I. S. 2258) und der Jahr- und Spezialmarktsatzung der Landeshauptstadt Dresden in der aktualisierten Fassung, beschließt der Stadtrat:

1. Die Richtlinie zur Regelung des Auswahlverfahrens für die Zulassung zu Spezialmärkten der Landeshauptstadt Dresden (Anlage 1).
2. Die Zuständigkeit für die Festlegung des Verteilerschlüssels in den jeweiligen Anbietergruppen und die Festlegung der Anzahl der Bewerber/-innen in den Kategorien „bekannte Bewerber/-innen“ (Kategorie I) und „neue Bewerber/-innen“ (Kategorie II) wird entsprechend der Auswahlrichtlinie Ziffer 1 auf den Ausschuss für Wirtschaftsförderung übertragen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 37 Nein 31 Enthaltung 0

21	Verkauf des Grundstückes Bautzner Straße 112 bis 116	V0895/11 beschließend
-----------	---	----------------------------------

Vertagung

22	Erhalt und Entwicklung eines strukturreichen Altbaumbestandes auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Dresden	A0205/10 beschließend
-----------	--	----------------------------------

Vertagung

23	Einführung einer Gruppenkarte für Schulen und Kindergärten zur kostenlosen Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs im Rahmen des Unterrichts (Unterrichtsfahrkarte)	A0167/10 beschließend
-----------	---	----------------------------------

Vertagung

24	Änderung der Satzung der Landeshauptstadt Dresden über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen der öffentlichen Straßen in Dresden (Sondernutzungssatzung)	A0198/10 beschließend
-----------	--	----------------------------------

Herr Stadtrat Kaden erläutert und begründet den Antrag der CDU-Fraktion und bittet um Zustimmung. Herr Dr. Möller konnte das gewährte Rederecht nicht wahrnehmen.

Wortmeldungen:

Herr Stadtrat Schulze konstatiert, dass eine seit 12 Jahren erfolgreich praktizierte Regelung ohne Betrachtung der finanziellen Auswirkungen geändert werden solle. 2009 habe die FDP-Fraktion eine ähnliche Regelung vorgeschlagen, die aber kläglich gescheitert sei.

Gerade die Eigentümer an der Königstraße hätten darauf gedrungen, dass die Bürgersteige schmaler gemacht werden, da diese durch das Querparken eingeschränkt worden seien. Die 5 Stellplätze der „Wenzel Prager Bierstuben“ seien so berechnet, dass die Längsparker abgezogen würden. Er glaube nicht, dass die Einnahmesituation der Gewerbetreibenden so schlecht sei, dass sie die Außennutzungsgebühren nicht zahlen könnten.

Ein Rechtsanspruch auf Sondernutzung von Stellflächen gebe es dann nicht. Der Grundsatz der Gleichbehandlung stehe im Vordergrund, weshalb seiner Meinung nach ein Aussetzen für nur einige Gastronomen nicht beschlussfähig sei.

Herr Stadtrat Dr. Lames betont, dass die Außengastronomie von nur einem Betreiber beansprucht werde, sodass es nur geringe Summen seien, welche verschoben würden.

Herr Stadtrat Kaden äußert, dass im Ausschuss Beispiele von Gewerbetreibenden, die sich in der Königstraße engagieren möchten, genannt worden seien. Dazu habe der Vertreter des Gewerbevereins schriftliche Unterlagen vorgelegt. Das Ziel sei, die Königstraße zu beleben und nach 1 bis 2 Jahren könne überprüft werden, ob dieses Ziel erreicht wurde.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Bericht des Ausschusses für Finanzen und Liegenschaften mit 37 Ja-Stimmen, 31 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Der Stadtrat beschließt, die Sondernutzungssatzung wie folgt zu ändern:

1. Die Gebühren Ziffer 5 Gebührenkatalog „Inanspruchnahme öffentlicher Parkplätze, für alle Nutzungsarten, soweit nicht Ziff. 6 einschlägig ist“, werden halbiert.
2. Die Einordnung der Königstraße erfolgt in Kategorie II.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Änderung
Ja 37 Nein 31 Enthaltung 0

25	Musikalische Bildung	A0204/10 beschließend
Vertagung		
26	Erweiterung des Skaterparkes an der Lingnerallee	A0215/10 beschließend
Vertagung		
27	Unterstützung der Landeshauptstadt Dresden für ein Sanktionsmoratorium	A0281/10 beschließend
Vertagung		
28	Erwerb der Erweiterungsfläche am Alaunplatz, Gemarkung Dresden-Neustadt, Flurstück 2865/1, (ehemaliger sogenannter „Russensportplatz“)	A0285/10 beschließend
Vertagung		
29	Sicherung der Möglichkeit zur Westerweiterung des Alaunparks	A0286/10 beschließend
Vertagung		
30	Verkehrsberuhigte Zone Altlaubegast	A0297/10 beschließend
Vertagung		
31	Sicherung des Betriebes der Schwimmhalle Klotzsche	A0299/10 beschließend
Vertagung		
32	Vergabe eines Erbbaurechtes für die Flurstücke 711/11 und 711/13 der Gemarkung Altstadt I	V0933/11 beschließend

Es besteht kein Vorstellungs- und Diskussionsbedarf.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Bericht des Ausschusses für Finanzen und Liegenschaften mit 68 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

1. **Die Oberbürgermeisterin wird ermächtigt**, für die Flurstücke 711/11 und 711/13 der Gemarkung Altstadt I mit einer Größe von 310 qm ein Erbbaurecht für die Dauer von 30 Jahren zugunsten der Bürgerstiftung Dresden mit Sitz in 01309 Dresden, Barteldesplatz 2, zum Zwecke der Errichtung und Betreibung der Gedenkstätte für die Sophienkirche Dresden (Busmannkapelle) zu bestellen. Der symbolische jährliche Erbbauzins beträgt 1 Euro.

Die Abweichung vom ortsüblichen Erbbauzins von 4 Prozent (2.728 Euro) jährlich in Höhe von 2.727 Euro im Jahr wird als Zuschuss für die Bürgerstiftung Dresden im Haushalt der Landeshauptstadt Dresden, Geschäftsbereich Kultur, ausgewiesen.

2. Die Landeshauptstadt Dresden beteiligt sich an den Betriebs- bzw. Betreiberkosten für die Busmannkapelle bis zur Bauabnahme in Höhe von jährlich 10.000 Euro und anschließend in Höhe von 21.000 Euro jährlich. Diese Kosten werden ebenfalls als Zuschuss für die Bürgerstiftung Dresden im Haushalt der Landeshauptstadt Dresden, Geschäftsbereich Kultur, ausgewiesen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 68 Nein 0 Enthaltung 0

- | | | |
|-----------|--|----------------------------------|
| 33 | Dresden - Stadt der bewegungsfreudigen und gesunden Kinder: Modellkonzept für fortschrittliche Bewegungs- und damit Gesundheitsförderung im Kindesalter | A0305/10
beschließend |
|-----------|--|----------------------------------|

Vertagung

- | | | |
|-----------|---|----------------------------------|
| 34 | Optimierung der Struktur und der Dienstleistungsqualität des Bürgerservice in der Landeshauptstadt Dresden | V0763/10
beschließend |
|-----------|---|----------------------------------|

Vertagung

- | | | |
|-----------|---|----------------------------------|
| 35 | Innovationspreis „Familienfreundlichstes Unternehmen Dresdens“ | V0646/10
beschließend |
|-----------|---|----------------------------------|

Es besteht kein Vorstellungs- und Diskussionsbedarf.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Bericht des Jugendhilfeausschusses mit 66 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Der Stadtrat beschließt die jährliche Verleihung eines Innovationspreises „Familienfreundlichstes Unternehmen Dresdens“ durch die Oberbürgermeisterin und bestätigt das Konzept zur Umsetzung des Innovationspreises. Die Oberbürgermeisterin wird mit der Umsetzung beauftragt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 66 Nein 0 Enthaltung 0

36 Veränderung des Sondervermögens des Eigenbetriebes Kindertageseinrichtungen für das Wirtschaftsjahr 2010

**V0882/10
beschließend**

Es besteht kein Vorstellungs- und Diskussionsbedarf.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Bericht des Betriebsausschusses für Städtische Krankenhäuser und Kindertageseinrichtungen mit 68 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Der Stadtrat beschließt folgende Veränderungen des Sondervermögens des Eigenbetriebes Kindertageseinrichtungen für das Wirtschaftsjahr 2010:

1. Die nachstehend genannten Flurstücke bzw. Teilflurstücke sind aus dem Sondervermögen des Eigenbetriebes Kindertageseinrichtungen herauszulösen und buchhalterisch in Abgang zu stellen.

Die Verwaltung der in Rede stehenden Grundstücke ist dem Liegenschaftsamt zu übertragen.

Abgang Flurstücke

Anschrift	Gemarkung	Flurstück	Größe (m ²)	Aufhebung bzw. Änderung der VÜ
Klotzscher Hauptstraße 26	Klotzsche	305/4 (alt: 305 a)	27,00	13.10.2010
Prohliser Allee 19	Prohlis	302	3.086,00	07.09.2010
Wurzener Straße 19	Pieschen	T. v. 225	93,00	05.02.2010

2. Das nachstehend genannte Gebäude ist aus dem Sondervermögen des Eigenbetriebes Kindertageseinrichtungen herauszulösen und buchhalterisch in Abgang zu stellen. Die Verwaltung des Gebäudes ist dem Liegenschaftsamt zu übertragen.

Abgang Gebäude

Anschrift	Gemarkung	Flurstück	Gebäudegrundfläche (m ²)	Aufhebung Änderung der VÜ
Prohliser Allee 19	Prohlis	302	667,00	07.09.2010

3. Die nachfolgend genannten Flurstücke bzw. Teilflächen von Flurstücken sind in das Sondervermögen des Eigenbetriebes Kindertageseinrichtungen aufzunehmen, buchhalterisch als Zugang auszuweisen und die Verwaltung an den Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen zu veranlassen.

Zugang Flurstücke

Anschrift	Gemarkung	Flurstück	Größe (m ²)	VÜ
Alaunplatz 4, 6	Neustadt	T. v. 2865/8	8.600,00	01.01.2010
Am Lehmberg 28	Briesnitz	110/3 (alt: T. v. 110/1)	6.769,00	08.09.2010
Gottfried-Keller-Straße 54	Leutewitz	113/4 (alt: T. v. 113/1)	3.537,00	23.08.2010
Gottfried-Keller-Straße 54	Cotta	316 c	260,00	03.03.2010
Gottfried-Keller-Straße 54	Leutewitz	186	539,00	03.03.2010
Holzhofgasse 17	Neustadt	408/1	1.896,00	01.07.2010
Nöthnitzer Straße 40 h	Plauen	T. v. 140/6	2.182,00	01.07.2010
Nöthnitzer Straße. 40 h	Plauen	T. v. 581/7	949,00	01.04.2010

4. Die Zu- und Abgänge der Grundstücke und Gebäude sind als Erhöhung bzw. Verminderung der Kapitalrücklage für das Wirtschaftsjahr 2010 zu buchen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 68 Nein 0 Enthaltung 0

- 37 Neue Autobahnanschlussstelle an die BAB A 4 in Dresden-Weixdorf zwischen Autobahndreieck Dresden-Nord und Autobahnanschlussstelle Hermsdorf (Arbeitstitel: AS Promigberg)**

**V0700/10
beschließend**

Es besteht kein Vorstellungs- und Diskussionsbedarf.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Bericht des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bau mit 48 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen zu.

- Der Stadtrat bestätigt** das Vorhaben, die direkte Anbindung des Gewerbestandortes Promigberg/Interkommunales Gewerbegebiet Dresden-Ottendorf-Okrilla an die Bundesautobahn A 4 durch den Bau einer neuen Autobahnanschlussstelle im Bereich Dresden-Weixdorf am Schnittpunkt Alte Moritzburger Straße (S 58)/BAB A 4 in die Planung aufzunehmen.

2. Der Stadtrat beschließt, die Variante V 1.1 laut Begründung zur Vorlage weiterzuverfolgen. Die Plantrasse vom Gewerbestandort Promigberg/Interkommunales Gewerbegebiet Dresden-Ottendorf-Okrilla zur S 59 (Höhe Lausenbachmühle) soll erst aufgegeben werden, wenn die Anlage der neuen Autobahnanschlussstelle durch das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) genehmigt ist.
3. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, gemeinsam mit dem Autobahnamt Sachsen die weiteren Schritte zur Bewertung der neuen Autobahnanschlussstelle durch das BMVBS nach dessen Vorgaben bzw. Empfehlungen zu veranlassen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 48 Nein 11 Enthaltung 8

38	Fortschreibung des verkehrlichen Rahmenplanes für das Kerngebiet der Äußeren Neustadt Dresden	V0783/10 beschließend
-----------	--	----------------------------------

Vertagung

39	Ziele für die künftige Verkehrsentwicklung der Landeshauptstadt Dresden für den Zeithorizont 2025 und darüber hinaus	V0811/10 beschließend
-----------	---	----------------------------------

Es besteht kein Vorstellungsbedarf.

Herr Dr. Brauns führt aus, dass die Vorlage mehrfach beraten wurde. Er bedanke sich beim Runden Tisch, der eine gute Vorarbeit geleistet habe. Es sei eine sehr gute Empfehlung ausgearbeitet worden für den Ausschuss und den Stadtrat, wie weiter verfahren werden sollte, welche Leitlinien das beauftragte Büro zur Ausarbeitung des Verkehrsentwicklungsplanes 2025plus entwickeln soll. Diese Empfehlung muss vom Stadtrat kritisch geprüft werden, denn er sei derjenige, der den Auftrag erteile und die Verantwortung habe. Der Runde Tisch habe nicht die Verantwortung.

Es wäre falsch verstanden, wenn es als fachliche oder persönliche Kritik an den Runden Tisch verstanden würde. Er hinterfragt, was der Verkehrsentwicklungsplan leiste. Er solle die Abwicklung des Verkehrs in der Stadt koordinieren. Er tue es nicht im luftleeren Raum, er sei eingebunden in die verschiedenen Ziele. Eines der Ziele der Stadtentwicklung sei die Stärkung der Innenstadt. Sie werde nicht funktionieren, wenn eine Verkehrsentwicklung beauftragt werde, die sich darin äußere; Minimierung der Zufahrtswiderstände für den ÖPNV, also freie Fahrt für den ÖPNV. Es gebe niemanden, der dagegen sei. Auf der anderen Seite Maximierung der Zufahrtswiderstände für den MIV. Damit mache man das Gegenteil, was man für die Attraktivität der Innenstadt für die Zugänglichkeit benötige.

Dies sei nicht im Sinne der CDU-Fraktion, so habe der Runde Tisch auch seinen Entwurf nicht verstanden. Das Problem war, dass bei der Vorstellung der Leitlinien des Runden Tisches diese in einer Art und Weise dargestellt worden seien, so wie er es zitiert habe. Deshalb wurde der Versuch unternommen, die Formulierungen besonders in der Präambel so zu qualifizieren, dass das auch herüberkomme, was tatsächlich gemeint sei. Sie seien Herrn Prof. Ahrens, dem Vorsitzenden des Runden Tisches, und dem Moderator, Herrn Pfotenhauer, sehr dankbar, dass sie Formulierungshilfe geleistet haben.

Herr Stadtrat Wirtz erläutert die vorgenommenen Änderungen im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau. Er bedankt sich beim Runden Tisch. Es bleibe ein schaler Nachgeschmack. Er erläutert dies. Über 18 Monate wurden Interessengruppen eingeladen, einen Zaun bunt zu streichen, es wurde darauf geachtet, dass er nicht zu schwarz, zu rot, zu gelb, zu blau und zu grün werde. Am Ende waren alle damit am Runden Tisch zufrieden.

Dann kam ein großer schwarzer gelbgefleckter Hund und hat seine Duftmarke hingesezt und habe gesagt, jetzt sei dies sein Zaun. Man könne Verständnis haben, wenn in irgendeiner Form eine Verbesserung entstanden wäre.

In der Präambel Pkt. 1 soll hinzugefügt werden. „Beides setzt die freie Wahl der Verkehrsmittel voraus.“ Dies sei eine Binsenweisheit, diese stehe in jedem Ingenieurtaschenbuch. Die meisten Leute seien nicht frei in der Wahl von Modal-Split, wenn irgendwo kein Nahverkehr fährt, kann er ihn nicht nutzen. Wer keinen Führerschein habe, kann auch das Auto nicht nutzen. Dies sei eine falsche Aussage, die getroffen werde.

Im Pkt. 2 wird ein 2. Satz hinzugefügt: „Sie sollte im Konsens und unter weitestgehendem Verzicht auf dirigistische Maßnahmen umgesetzt werden.“ Die launische Anmerkung des Runden Tisches vom 17. März 2011, dort sind die Änderungen erstmals besprochen wurden. Vom Ausschuss war niemand anwesend, der für diese Änderung geworben habe. Die Anmerkung des Runden Tisches war, jede Ampel, jedes Verkehrsschild, der Zwang einen Führerschein zu kaufen sind dirigistische Maßnahmen, was solle dies in dem Papier. Es ging auch darum die Zahl der Verkehrstoten, in einem Horizont 20/25 auf null zu bringen. Er werbe für den alten Entwurf, wo dies enthalten war. Modal-Split soll von 59 auf 64 % gebracht werden. In der Stadt sei dies angelegt. Der Autoverkehr MIV hatte 1998 seinen Höhepunkt in Dresden. Er gehe von sich aus zurück, trotz dass die Fahrradfahrer in Dresden die schlechtesten Bedingungen vorfinden. Die Bürger werden selbst umweltbewusster, sie fahren mehr Rad, sie nutzen den ÖPNV. Aus diesen Gründen werde die Fraktion DIE LINKE. den Bericht des Ausschusses ablehnen und werden dem ursprünglichen Entwurf des Runden Tisches zustimmen.

Frau Stadträtin Haase stellt die Frage, warum werden Ziele gesetzt. Ohne Zielsetzung wisse man nicht, in welche Richtung es gehen solle und ob man erfolgreich in seinen Bemühungen sei. Seit Herbst 2009 tage regelmäßig der Runde Tisch, eine Versammlung von verkehrspolitischen Verbänden und Mitgliedern der Stadtratsfraktionen. Den Mitgliedern des Ausschusses wurden regelmäßig die Zwischenstände zu diesem Zielpapier übermittelt. Seit Monaten wusste auch Herr Stadtrat Dr. Brauns, was dort verhandelt wurde. Der Runde Tisch hat 2010 das Konsenspapier in mehreren Sitzungen erstellt. Die Ergebnisse habe Frau Oberbürgermeisterin Orosz im November 2010 zu der Polis-Konferenz den europäischen Fachleuten als Papier der Landeshauptstadt vorgestellt. Beim Runden Tisch wurde bewusst nicht auf Konfrontation, sondern auf einen Konsens gesetzt. Dieser Konsens ist der CDU-Fraktion schnuppe. Diese Fraktion wünsche keinen Konsens in Verkehrsfragen. Sie erläutert dies an Beispielen. Die Stadt habe die Pflicht, wenn Grenzwerte überschritten werden und wenn Gefahr für Leib und Leben besteht entsprechende Maßnahmen vorzunehmen. Sie geht auf die Änderungen im Ausschuss ausführlich ein.

Herr Stadtrat Bergmann stellt fest, dass dies eine Gespensterdiskussion sei. Beim Runden Tisch haben 30 Initiativen mitgearbeitet, alles Leute, die nicht für eine ehrgeizige ökologische Verkehrspolitik stehen. Alle waren der Meinung, dass dies ein gutes Papier sei. Sie haben sich mit allen geeinigt und im großen Konsens dieses Zielpapier beschlossen. Er geht auf die Änderungen im Ausschussbericht ein. Der Begriff Verkehrsvermeidung soll nicht mehr auftauchen. Prof. Ahrens hat dies noch einmal fachlich erläutert. Verkehrsvermeidung meint fachlich vor allen Dingen die Vermeidung von Zwangsmobilität. Die geforderten Änderungen, die von der CDU- und FDP-Fraktion forciert seien, waren unnötig. Sie sind überholt, senden ein Signal, dass Verkehrspolitik aus den 50er-Jahren gemacht werden solle. Sie haben einen Zweck, die verkehrspolitische Hoheit über den Stammtisch zu erlangen. Dafür werde ein hoher Preis gezahlt. Über 30 Institutionen haben diesen großartigen Konsens mitgetragen, der dort erzielt wurde. Er appelliert an die BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion, es bestehe keine Notwendigkeit für diese Änderungen. Er beantragt das Ursprungspapier des Runden Tisches zur Abstimmung zu stellen.

Herr Stadtrat Böhme verweist darauf, dass mit der Beschlussfassung die Weichen für eine zukunftssichere Verkehrsplanung gestellt werden. Die Prognose für 2025 sei sehr eindeutig.

Die Einwohnerzahl in Dresden werde zunehmen. Zukünftig werde mehr Verkehrsfläche benötigt.

Das Hauptstraßennetz werde einen Anstieg der Verkehrsbelegungszahlen um 2 % und die Brücken sogar 10 % aufnehmen. Die Ziele wurden im Ausschuss sehr intensiv diskutiert und Änderungen im ursprünglichen Entwurf vorgenommen, denn es sei die Aufgabe der gewählten Vertreter der Dresdner Bürgerschaft, die Richtlinien und Ziele für die Planung vorzugeben.

Die Fraktion bekennt sich in der Zukunft zur Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer. Eine Politik einzelner Verkehrsarten sei mit der FDP-Fraktion nicht zu machen. Einer Veränderung des Modal-Split zulasten des MIV stimmen sie nicht zu. Wichtig sei die Entlastung der Wohnquartiere. In der Praxis werde dies nur funktionieren, wenn der Verkehr ein hochwertiges und leistungsfähiges Hauptstraßennetz habe.

Bei der aktuellen Diskussion um den Ausbau Königsbrücker Straße handelt es sich hierbei um eine der wichtigsten Straßen des Dresdner Hauptstraßennetzes. Wer die angrenzenden Wohngebiete vor dem Durchgangsverkehr schützen möchte, müsse die Leistungsfähigkeit dieser Straßen erhalten.

Die FDP-Fraktion stimmt der geänderten Fassung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bau zu. Zum Abschluss bedankt er sich bei allen Mitgliedern des Runden Tisches für die konstruktive und intensive Arbeit.

Herr Stadtrat Fischer erklärt zum Abstimmungsverhalten der BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion. Die Vorredner haben all dies wiedergegeben, was der Runde Tisch besprochen habe. Dieses tolle Gremium Runder Tisch habe mit Fachkompetenten Leuten alles besprochen, habe Ziele entwickelt und uns übergeben. Im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau wurde darüber gesprochen und es gab noch Änderungswünsche. Was vorgelegt wurde, Die vorgelegte Empfehlung des Ausschusses, sei eine wirklich im Konsens entstandene Formulierung, die niemanden weh tue. Es müsse in der nächsten Zeit ein Verkehrsentwicklungsplan erarbeitet werden. Wenn die Ziele in der jetzt veränderten Form beschlossen würde, könnte der Zeitplan eingehalten werden.

Herr Stadtrat Brauns wurde persönlich angesprochen und möchte noch einmal auf die Vorredner eingehen. Wenn es unschädlich sei, könne man den Änderungsvorschlägen zustimmen. Die Rede von Frau Stadträtin Haase und Herrn Stadtrat Bergmann mache gerade erst deutlich, wie notwendig offensichtlich diese aus ihrer Sicht eigentlich unnötigen Ergänzungen sind. Er erläutert dies an Beispielen.

Herr Stadtrat Löser zu Herrn Böhme gewandt, stellt die Entwicklung des MIV richtig. 1998 44% MIV, 2008 41 % MIV, der Höhepunkt sei überschritten. Es sei auch Bevölkerungswachstum zu verzeichnen. Die CDU-Fraktion habe 2007 einen Antrag eingebracht, dass die Verkehrsentwicklung neu gemacht werde. Der Runde Tisch war mit integriert, das Gremium wurde anerkannt. Der Runde Tisch habe zu den Thesen im März noch einmal getagt und habe gesagt, er nimmt diese nicht so an. Formulierungen wurden gewählt, wo alle zustimmen können. Herr Stadtrat Dr. Brauns wisse es besser und kann in der Präambel so ändern, dass der Sinn der strategischen Verkehrsentwicklung ad absurdum geführt werde.

Herr Stadtrat Löser habe im Ausschuss gefragt, ob Herr Bürgermeister Marx die Thesen des Runden Tisches, ohne die Änderungen, für gerechtfertigt halte. Er habe geantwortet: „Ja, das sei die Verkehrsentwicklungskonzeption für eine moderne Stadt.“

Herr Stadtrat Wirtz bringt zum Ausdruck, dass es für den ganzen Änderungszirkus im Ausschuss für Stadtentwicklung keine Mehrheit geben werde. wenn nicht dieser schwarzgelbe Hund ein kleines Schwänzchen habe, dies sei die BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion.

Er sei gespannt, wie sich die Fraktion, die sich schlauer dünkt als jede Partei, die sich hier genauso verhält wie die schlechteste Partei, an ihrem Wahlprogramm vorbei. Sie habe ein sehr übersichtliches und sparsames Wahlprogramm.

Zur Verkehrspolitik stehe die Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer, wenn man es mit diesen Änderungen umsetzen möchte, sei dies Wahlbetrug, wenn die BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion diesen Änderungen zustimme.

Herr Stadtrat Klein befürchte einen Trend in diesem Land, der sich auch hier niederschlage, Stichwort „Stuttgart 21“. Lautstarke Minderheiten außerhalb des Parlamentes wollen entscheiden, was gewählte Volksvertreter zu entscheiden haben.

Geschäftsordnungsantrag

Frau Stadträtin Hinz beantragt Ende der Debatte. Dazu gibt es keine Gegenrede.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Antrag auf Ende der Debatte mehrheitlich zu.

Der Stadtrat stimmt dem Bericht des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bau mit 34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 30 Enthaltungen zu.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden beschließt die am Runden Tisch „Verkehrsentwicklungsplan 2025plus“ erarbeiteten Ziele, einschließlich Änderungen gemäß Anlage, und bestätigt diese als Grundlage und Bestandteil des Verkehrsentwicklungsplanes 2025plus.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Änderung
Ja 34 Nein 30 Enthaltung 0

40	Verkehrsmanagementsystem Region Dresden - 2. Ausbaustufe, Erweiterung und Weiterentwicklung des Verkehrsmanagementsystems der Landeshauptstadt Dresden	V0826/10 beschließend
-----------	---	----------------------------------

Aufgrund § 20 SächsGemO nimmt Herr Stadtrat Gunter Thiele, CDU-Fraktion, an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Es besteht kein Vorstellungs- und Diskussionsbedarf.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Bericht des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bau mit 55 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 11 Enthaltungen zu.

Der Stadtrat bestätigt das Konzept zur 2. Ausbaustufe des Verkehrsmanagementsystems Region Dresden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung
Ja 55 Nein 0 Enthaltung 11

**41 Baustein für ökologischen Stadtumbau - Passivhausstandard
für stadteigene und städtisch genutzte Gebäude**

**A0273/10
beschließend**

Vertagung

Dirk Hilbert
Vorsitzender

Heidrun Volbrecht
Schriftführerin

Elsa Claus
Schriftführerin

Tilo Kießling
Stadträtin/Stadtrat

Jens Baur
Stadträtin/Stadtrat